Rheder Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: B. Wolsing. Werth: Th. Barre. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 259 | Montag, den 17. September | Jahrgang 1928

Kabinettssitzung in Berlin — Die Einigung in Genf.

Billigung der Haltung der deutschen Delegation.

◇ **Berlin**, 15. Sept. An der Kabinettssitzung, in der den Vorsitz Reichswehrminister Groener führte, nahmen die Minister Curtius, Hilferding, Dietrich, Guérard, Wissel und Schätzl, sowie Ministerialdirektor Köpke vom Auswärtigen Amt teil. Der Beratung lagen zwei schriftliche Berichte des Reichskanzlers, die gestern und heute vormittag aus Genf eingegangen sind, zu Grunde. Ueber beide Berichte ist Dr. Stresemann in Baden-Baden eingehend unterrichtet worden. Den breitesten Raum in der Kabinettssitzung nahmen die Ansprachen über den französischen Plan der „Feststellungs- und Versöhnungskommission" ein. Die Bedenken, die sich gegenüber diesem französischen Plan geltend machten und die sich vor allem auf die Fragen der Dauer der Gültigkeit dieser Kommission, ihrer Kompetenzen und ihres Verhältnisses zu dem Artikel IV, Absatz I des Locarnopaktes bezogen, wurden einer eingehenden Prüfung seitens des Reichskabinetts unterzogen. Die Sitzung des Kabinetts wurde kurz vor 2 Uhr unterbrochen. Um 3 Uhr wurde die Beratung der Minister fortgesetzt. Die Haltung der Delegation in Genf fand einmütige Billigung. Die Stellungnahme des Reichskabinetts zu den in Frage stehenden Problemen wurde der Delegation telegraphisch übermittelt.

*

Sachlich wird in diesem Bericht darüber, wie deutscherseits zu den beiden konkreten französischen Vorschlägen Stellung genommen werden soll, nichts mitgeteilt. Es darf wohl aber als selbstverständlich vorausgesetzt werden, daß das Reichskabinett der Genfer Delegation seine Meinung darüber dahin zum Ausdruck gebracht hat, daß in den von Frankreich vorgeschlagenen beiden Punkten keinesfalls die bisherige Linie verlassen werden darf, d. h. gegen die Erörterung des Reparationsproblems mit dem Ziel einer endgültigen Reparationsregelung wird Deutschland keine Bedenken haben, wie dies ja auch der Reichswirtschaftsminister Curtius es kürzlich auf der Kölner Bankiertagung zum Ausdruck gebracht hat. Auch Deutschland hat ja ein starkes Interesse an einer endgültigen Lösung der Reparationsfrage. Anders aber verhält es sich mit dem französischen Vorschlag der Einsetzung einer Kommission, die die Vorgänge in den deutschen und französischen Grenzgebieten für die Dauer der Besatzung überwachen soll. Der deutsche Standpunkt in dieser Frage ergibt sich aus der bereits im Januar dieses Jahres anläßlich der Etatsberatungen gehaltenen Rede des Reichsaußenministers Stresemann, der sich damals dafür ausgesprochen hat, daß Deutschland eine Diskussion über Fragen, die eine Beobachtung der Verhältnisse im Grenzgebiet bis zur Beendigung der für die Besetzung des Rheinlandes in Aussicht genommenen Zeit vorsehen (also längstens bis 1935), nicht grundsätzlich abgelehnt, aber nicht der Auffassung Raum gewinnen lassen wolle, als sei Deutschland bereit, die Verkürzung der Rheinlandsbesatzung mit dauernden Maßnahmen zu erkaufen, die über den Vertrag von Versailles hinausgehen. Daß diese selbstverständliche deutsche Auffassung auch heute noch zu Recht besteht, ist ohne weiteres anzunehmen.

*

Eine neutrale Warnung.

◇ **Genf**, 15. Sept. Die Stellungnahme des als objektiv und neutral bekannten Schweizer Chefredakteurs der „Basler Nachrichten", Oeri hat heute vormittag in hiesigen Delegationskreisen großes Aufsehen hervorgerufen. Oeri führt in seinem Blatt aus, der französische Vorschlag einer Vergleichskommission sei eine Maskerade und bedeute praktisch eine Verewigung der internationalen Kontrolle im Rheinlande. Deutschland sei auf dem besten Wege für einen zeitlich begrenzten Vorteil einen ewigen Nachteil einzutauschen. Oeri weist darauf hin, daß das vorgeschlagene Kontrollorgan nicht den Berufsnamen „Interalliierte Kontrollkommission für die entmilitarisierte Rheinlandzone" bekommen solle. Man wolle dagegen im Vormundsvertrag ein Vollzugsorgan zum Rheinlandpakt aufmachen. Es werde in ihm neben dem französischen, englischen, belgischen und italienischen Vertreter auch ein Deutscher sitzen, und die Kontrolle solle sich auf beide Seiten der deutschen Grenze beziehen. Daß dies eine freundliche Maskerade sei, sehe jedes politische Kind. Praktisch könne sich die Kontrolle nur auf deutsches Gebiet beziehen und werde durch den Versailler Vertrag mit einer ewigen Entmilitarisierungshypothek belastet, während Frankreich und Belgien auf ihren Gebieten völlig souverän seien. Wenn ein Reichswehrleutnant mit zehn Mann in die deutsche Stadt Mainz einrücke, so müsse ihn die Kontrollkommission von rechtswegen zurückjagen. Wenn Frankreich 2000 Tanks vor der Kehler Rheinbrücke aufstelle, so könne sie nicht das geringste einwenden. Anders werde es nur, wenn die künftige Abrüstungsgesetzgebung des Völkerbundes auch Frankreich und Belgien irgendwelche Bestimmungen für ihre Grenzzonen auferlege. Daß diese Tatsache eine nicht nur ungewisse, sondern auch unwahrscheinliche Zukunft sei, wisse heute jedermann. Wenn also Deutschland, um sich ein halbes Dutzend Besatzungsjahre zu ersparen, das Kontrollorgan annehme, so handele es einen zeitlich begrenzten Vorteil für einen ewigen Nachteil ein. Das gehe gegen das nicht nur für den Christen, sondern auch für den Politiker geltende Gebot, daß man nicht ewiges Gut gegen zeitliches opfern solle. Oeri schildert sodann, wie man sich das praktische Wirken der Kommission vorstellen könne. In ihr säßen Deutsche, Franzosen, Belgier, Italiener und Engländer. Diese wären in jedem Falle Partei, also für Richter und Schlichter ungeeignet. Wenn eine internationale Kommission im Rheinlande notwendig sein würde, so sei der Rat noch immer die geeignetere Instanz als der kleine Locarnoklüngel. Oeri behauptet zum Schluß, wir könnten uns von diesem autonomistischen Zwang nur eine Friedenserschwerung versprechen.

*

Am Sonntag günstiges Ergebnis für Deutschland?

⊠ **Genf**, 16. Sept. Die Räumungsbesprechungen, an denen Lord Cushendun, Briand, Scialoja, Hymans, Adatschi, Reichskanzler Müller und Staatssekretär Schubert teilnahmen, begannen heute vormittag um ½11 Uhr im Hotel Beau Rivage und dauerten bis ½2 Uhr. Im Anschluß daran hatte Lord Cushendun die Teilnehmer an der Besprechung zu einem Frühstück eingeladen. Nach Schluß der Sitzung wurde den Journalisten der interationalen Presse mitgeteilt, daß die Verhandlungen jedenfalls für heute beendet seien. Es besteht allgemein der Eindruck, daß die Verhandlungen heute endgültig zu einem Abschluß gelangt seien. Unter diesen Umständen kann erwartet werden, daß Reichskanzler Müller heute abend abreist. Von deutscher Seite wird erklärt, daß das Ergebnis der Verhandlungen als günstig anzusehen sei.

*

Das Resultat der Verhandlungen.

⊙ **Genf**, 16. Sept. Das Kommuniqué erweist sich bei näherer Betrachtung zunächst als ein Vertagungs- und Feststellungsbeschluß. Man scheint nach dem Wortlaut des Kommuniqués als Ergebnis der drei Genfer Konferenzen der sechs Mächte lediglich zu einer Feststellung der bestehenden Fragen gelangt zu sein, das heißt, man erkennt die Notwendigkeit gleichzeitiger Verhandlungen über das Reparationsproblem und über die Einsetzung einer sogenannten Feststellungs- und Vergleichskommission im Rheinland an. Die vorzeitige Gesamträumung des Rheinlandes wird zweifellos erst als das Ergebnis abgeschlossener Verhandlungen über die beiden jetzt zur offiziellen Erörterung gestellten Fragen angesehen. Das Kommuniqué stellt lediglich fest, daß eine Einigung über die Eröffnung offizieller Räumungsverhandlungen erzielt sei, erwähnt jedoch mit keinem Wort, unter welchen Bedingungen und zu welchem Zeitpunkt die Räumung des Rheinlandes als denkbar angesehen wird. Hervorzuheben ist jedoch, daß somit der Rechtsanspruch der deutschen Regierung auf Räumung des Rheinlandes anerkannt worden ist. Die Aufrechterhaltung dieses Rechtes wird auch für die weiteren Verhandlungen die entscheidende Frage für die deutsche Regierung bilden müssen, da die Möglichkeit einer Einberufung des Locarno-Schiedsgerichtes oder des Völkerbundes in der Räumungsfrage heute mehr denn je als einziger Ausweg erscheint. Punkt 3 des Kommuniqués stellt ferner fest, daß Zusammensetzung, Arbeit, Arbeitsgebiet und Dauer der sogenannten Feststellungs- und Vergleichskommission Gegenstand weiterer Verhandlungen bilden werden. Nach dem von der Reichsregierung in der Kabinettssitzung vom Sonnabend eingenommenen Standpunkt wäre entsprechend der bisherigen offiziellen deutschen Auffassung eine internationale Kontrolle des Rheinlandes nur bis zum Jahre 1935 als denkbar erachtet. Punkt 3 des Kommuniqués stellt nun ausdrücklich fest, daß über die Dauer der künftigen Rheinlandkommission verhandelt werden soll. Punkt 3 bedeutet somit eine Ergänzung zu Punkt 4 des bekannten Investigationsprotokolls vom 11. Dezember 1926, in dem der Völkerbundsrat feststellt, daß in der entmilitarisierten Zone eine Kontrolle, die über die Bestimmungen des Artikel 213 des Versailler Vertrages hinausgeht, nur durch eine Uebereinkunft zwischen den interessierten Regierungen geschaffen werden kann. Diese Frage ist somit durch den Punkt 3 des Kommuniqués als aufgerollt anzusehen. Das wesentliche Ergebnis der Genfer Räumungsverhandlungen ist jedenfalls dahin zu kennzeichnen, daß mit den Pariser und Genfer Verhandlungen nunmehr die Erörterung von neuem auf den Weg diplomatischer Aussprachen verschoben worden ist. Ob es tatsächlich gelingen wird, auf diplomatischem Wege weiterzugelangen, als in den direkten persönlichen Verhandlungen der Minister in Paris und Genf, muß zunächst abgewartet werden.

*

Die Lösung verschoben!

Das offizielle Kommuniqué.

◇ **Genf**, 16. Sept. **Die dritte gemeinsame Besprechung über die Frage der Rheinlandräumung wurde Sonntag nachmittag nach mehr als dreistündiger Dauer gegen ½2 Uhr beendet. Deutschland war wieder durch Reichskanzler Müller und Staatssekretär von Schubert vertreten, für England nahm Lord Cushendun teil, für Frankreich Briand, für Belgien Hymans, für Italien Scialoja und für Japan Adatschi. Das gemeinsam vereinbarte Kommuniqué über die Besprechung hat in der amtlichen deutschen Uebersetzung folgenden Wortlaut:**

„Am Schluß der dritten Besprechung, die die Vertreter Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Japans abhielten, haben sie mit Befriedigung die freundschaftlichen Beziehungen festgestellt, unter denen die wichtigsten Fragen erörtert worden sind, welche der Gegenstand ihres Meinungsaustausches waren.

Eine Einigung ist in folgenden Punkten zwischen ihnen zustande gekommen:

1. Die Eröffnung einer offiziellen Verhandlung über die vom Reichskanzler vorgebrachte Forderung nach vorzeitiger Rheinlandräumung.

2. Ueber die Notwendigkeit, das Reparationsproblem vollständig und endgültig zu regeln und zu diesem Zweck eine Kommission von Finanzsachverständigen der 6 Regierungen einzusetzen.

3. Ueber den Grundsatz der Einsetzung einer Feststellungs- und Vergleichskommission. Die Zusammensetzung, das Funktionieren, der Gegenstand und die Dauer dieser Kommission sind einer Verhandlung zwischen den Regierungen vorbehalten."

Nach der Besprechung waren die Teilnehmer einschließlich der Dolmetscher Gäste beim Frühstück bei Lord Cushendun.

Eine weitere Besprechung während der gegenwärtigen Tagung wird nicht mehr erwartet.

Briand über den Abschluß der Besprechungen.

● **Paris**, 16. Sept. Wie Havas aus Genf meldet, hat Minister des Aeußern, Briand, das offizielle Kommuniqué über die heutige Sitzung des Sechserausschusses kommentiert und seine Befriedigung über den glücklichen Ausgang dieser Verhandlungen zum Ausdruck gebracht, die, wie er erklärte, die allgemeine Liquidation der alten Streitfragen erlauben würden. Die Räumung werde erst erfolgen, wenn die Einigung über die aufgeworfenen Fragen erzielt sein werde, aber schon jetzt könne er sagen, er sei glücklich über die Herzlichkeit und das gegenseitige Vertrauen, die bei der Beratung herrschten. Die Tatsache, daß dieser Beratung ein Frühstück folgte, an dem alle Vertreter der interessierten Mächte teilnahmen, sei ein Zeichen dafür, daß der Charakter dieser Besprechung der gleiche geblieben sei.

*

Kontrolle über 1935 hinaus?

÷ **Genf**, 16. Sept. Lord Cushendun hat am Sonntag nach Abschluß der Besprechung einigen maßgebenden englischen Journalisten eine offizielle Erklärung abgegeben, in der er nach einer uns vorliegenden Meldung u. a. gesagt haben soll: Es ist in den Verhandlungen festgelegt worden, daß die Feststellungs- und Vergleichskommission nicht einen militärischen, sondern einen rein zivilen Charakter tragen soll, jedoch ist nicht entschieden, ob Deutschland in der Kommission vertreten sein soll. Von französischer und belgischer Seite wird gegen eine Vertretung Deutschlands in dieser Kommission Einspruch erhoben. Es ist festgelegt worden, daß die Kontrolle dieser Kommission sich auf die deutsche entmilitarisierte Rheinlandzone beschränken soll, nicht jedoch auf andere Gebiete des Rheinlandes, und nicht auf französisches Gebiet. Es ist bisher nicht entschieden, ob die Dauer dieser Vergleichskommission mit dem Jahre 1935 ihren Abschluß finden oder ob die Kommission darüber hinaus auf sie bestehen soll. Von alliierter Seite wird gefordert, daß die Dauer dieser Kommission nicht begrenzt wird, jedenfalls über 1935 hinaus andauern soll.

Es wird von seiten der deutschen Delegation ausdrücklich darauf hingewiesen, daß in den gegenwärtigen Verhandlungen die Gegensätze über die Frage sich als unversöhnlich erwiesen haben.

*

Abreise des Reichskanzlers von Genf.

= **Genf**, 16. Sept. Reichskanzler Müller verläßt Genf heute nacht in Begleitung von Staatssekretär Pünder und Ministerialdirektor Zechlin und wird nach einem Besuch des Reichsaußenministers Dr. Stresemann in Baden-Baden am Dienstag vormittag wieder in Berlin eintreffen.

*

Die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.

◆ **Berlin**, 15. Sept. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags wird, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. hört, für Ende der kommenden Woche einberufen werden.

Die Bestechung bei der Stinnesuntersuchung.

Direktor Hirsch und die Sekretärin des Untersuchungsrichters.

◇ **Berlin**, 15. Sept. Wie gemeldet, wurde die Sekretärin des Untersuchungsrichters, Landgerichtsrat Brühl, in der letzten Woche ihres Postens enthoben, weil der Verdacht besteht, daß durch sie Mitteilungen über den Stand des Verfahrens, über Aussagen der Angeschuldigten und der Zeugen an dritte Personen gelangt seien. Wie jetzt bekannt wird, ist es der am Donnerstag verhaftete Direktor Leo Hirsch gewesen, der versucht hat, die Sekretärin zu bestechen. Hirsch hat nach Dienstschluß die Angestellte vor dem Kriminalgericht erwartet und es verstanden, sie dazu zu veranlassen, ihn in seiner Wohnung zu besuchen, wo er ihr die finanziellen Vorschläge machte. Hirsch, der heute nicht mehr Zeuge, sondern Angeschuldigter ist, versucht jetzt der Angelegenheit eine möglichst harmlose Darstellung zu geben. Die Untersuchungen der Behörde erstrecken sich in erster Linie darauf, festzustellen, für wen Hirsch die Informationen haben wollte.

Die Sekretärin hatte bei ihren Vernehmungen vom Staatsanwaltschaftsrat Zimmermann bereits zugegeben, daß ihr von einem Herrn das Angebot gemacht worden sei, sie solle gegen eine einstweilige Zahlung von 5000 Mark ihm Informationen über den Stand des Verfahrens liefern. Erst später sei eine noch größere Geldsumme als Belohnung in Aussicht gestellt worden. Hirsch konnte seine Pläne umso leichter ausführen, als er schon mehrmals als Zeuge durch Landgerichtsrat Brühl vernommen worden war. Bei diesen Verhören hatte die Sekretärin das Protokoll aufzunehmen.

Hugo Stinnes' Aufsichtsratsposten.

Im Zusammenhang mit dem Kriegsanleiheverfahren gegen ihn hat Hugo Stinnes jun. jetzt seine Vorstandsämter im Stinnes-Konzern sowie die Aufsichtsratsposten, die zum Teil noch auf frühere Beziehungen einzelner Gesellschaften zu Hugo Stinnes sen. zurückzuführen sind, niedergelegt. Der Verzicht erstreckt sich auf sämtliche, also auch auf die ausländischen Gesellschaften der Hugo-Stinnes-Corporation. Im Einvernehmen mit den deutschen und amerikanischen Aufsichtsratsmitgliedern der Spitzengesellschaft des Stinneskonzerns, der Hugo-Stinnes-Corporation, werden die Geschäfte der Gesellschaft und Untergesellschaften von den bisherigen Leitern der Unternehmungen nach Anweisung durch den Aufsichtsrat weitergeführt. Gleichzeitig teilt der Aufsichtsrat der Spitzengesellschaft mit, daß die einzelnen Gesellschaften niemals in irgendeiner Form mit den Geschäften zu tun gehabt hätten, die Hugo Stinnes jun. zur Last gelegt werden. Es ist anzunehmen, daß Stinnes auch auf seine Stellen außerhalb des eigentlichen Stinnes-Konzerns, z. B. auf seinen Sitz im Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie, verzichten wird. In folgenden Aufsichtsräten deutscher Gesellschaften war Hugo Stinnes jun. bisher vertreten: Hugo Stinnes Reederei-A.-G. Hamburg (Aufsichtsratsvorsitzender), Automobilwerke Büssing A.-G. Braunschweig, Deutsche Kreditversicherungs-A.-G. Berlin, Esplanade-Hotel A.-G. Berlin, Gelsenkirchener Bergwerkswerke Büssing A.-G. Braunschweig, Deutsche Kreditsicherungs-A.-G., Hanseatische Mühlenwerke A.-G., Kohle A.-G. Magdeburg, „Mildgard" Deutsche Seeverkehrs-A.-G. Nordenham, Mülheimer Bergwerks-Verein, Norddeutsche Oelmühlenwerke A.-G. Hamburg, Ostdeutsche Stanz- und Emaillierwerke A.-G. Küstrin, Rhein.-Westfälische Elektrizitäts-A.-G., Rhein.-Westfälisches Kohlensyndikat, Hugo Stinnes Eisen-A.-G. Mülheim-R., Süddeutsche Eisenbahn-Gesellschaft Darmstadt.

Sein Vorsitzender, der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann, ist erst am Sonnabend nach Berlin zurückgekehrt, und konnte deshalb noch keine Entscheidung über einen bestimmten Termin treffen.

Eine Sitzung des Völkerbundsrates.

Um v. Hamel.

• **Genf**, 15. Sept. Der Völkerbundsrat hat heute vormittag in geheimer Sitzung die mit dem Stabilisierungswerk in Bulgarien in Zusammenhang stehenden Ernennungen vorgenommen und dann in längerer ergebnisloser Aussprache die Frage der einjährigen Verlängerung des im Februar nächsten Jahres ablaufenden Mandates des Völkerbundskommissars in Danzig, v. Hamel, bzw. der Ernennung eines Nachfolgers beraten. Die Aussprache wird in einer der nächsten Geheimsitzungen fortgesetzt.

Die Arbeit der Ausschüsse.

‡ **Genf**, 15. Sept. Der Rechtsausschuß der Völkerbundsversammlung begann heute vormittag mit der Aussprache über den von Frankreich eingebrachten und von 23 Staaten, darunter auch Deutschland mitunterzeichneten Antrag, die Frage der Revision des Statuts des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag durch den Rat einer Prüfung unterziehen lassen. Verschiedene Delegationen, die in die erste Aussprache eingriffen, sehen Schwierigkeiten sowohl in Bezug auf das Vorgehen, wie auch auf die Inkraftsetzung eventueller Aenderungsvorschläge, die nach französischer Auffassung in Form eines Zusatzprotokolls zum Haager Statut ratifiziert werden sollten. Von verschiedenen Seiten wurde für den Fall, daß die gegenwärtige Bundesversammlung sich für die Ueberprüfung des Statuts ausspricht, die Anregung gegeben, dabei auch die Möglichkeit des Beitritts der Vereinigten Staaten von Nordamerika zu berücksichtigen, über deren Vorbehalte bekanntlich vor zwei Jahren ein Zusatzprotokoll aufgelegt wurde. Außerdem könnte auch die Frage der Schaffung eines internationalen Strafrechtes in diesem Zusammenhang erörtert werden.

Im zweiten Ausschuß (Technische Organisationen) wurde die Beratung des Tätigkeitsberichtes der Transit- und Verkehrsorganisation des Völkerbundes aufgenommen. Der Ausschuß stimmte einem rumänischen Entschließungsantrag zu, der sich gegen die Verwendung des drahtlosen Verkehrs zur Verbreitung falscher und tendenziöser Meldungen ausspricht und zwar unter der Begründung, daß durch die Verbreitung solcher Nachrichten die guten Beziehungen unter den Völkern und damit der Friede in Europa gefährdet werden könne.

Die von England beantragte Untersuchung über die Verwendung von Rauchopium in den fernöstlichen Ländern führte heute nachmittag im 5. Ausschuß (soziale und humanitäre Fragen) zu einer längeren Aussprache. Sämtliche Vertreter der fernöstlichen Länder gaben ihre Zustimmung zu der vorgeschlagenen Entsendung einer Untersuchungskommission des Völkerbundes unter dem Vorbehalt oder Wunsch, daß sich die Untersuchung auf alle opiumproduzierenden und -verarbeitenden Länder beziehen soll. Von indischer Seite wurde dieser Forderung widersprochen mit der Begründung, daß durch eine Erweiterung der Untersuchung ihr Abschluß im fernen Osten verzögert würde. Von verschiedenen Ländern wurden auch finanzielle Bedenken geltend gemacht, da mit einer Ausgabe von einer halben Million Goldfranken gerechnet werden müsse, während doch gerade von England auf die Beschränkung des Budgets hingearbeitet werde. Die englische Regierung erklärte sich bereit, für die Hälfte der Kosten aufzukommen, so weit die Untersuchung englisches Gebiet betreffe.

Der Abrüstungsausschuß behandelte die Schwierigkeiten, die in Bezug auf die Ausarbeitung einer Konvention zur Kontrolle der Rüstungsindustrien entstanden sind. Graf Bernstorff, der Vorsitzende des hierfür eingesetzten Sonderausschusses, verlangte, unterstützt von den Vertretern Frankreichs und Japans, eine möglichst baldige Einberufung des Sonderausschusses, die auf japanischen Antrag noch vor der nächsten Ratstagung erfolgen soll. In der endgültigen Fassung dieser Entschließung soll auf französischen und italienischen Wunsch auch die Möglichkeit berücksichtigt werden, daß die Kontrolle der Rüstungsindustrien auf das Programm der Abrüstungskonferenz übernommen wird.

Im weiteren Verlauf der Aussprache, die im Haushaltsausschuß über den Haushalt des Internationalen Arbeitsamts stattfand, sprach sich Rappard nochmals gegen jede Erhöhung des Budgets aus. Der norwegische Delegierte Hambro erneuerte seine vor einigen Tagen am Generalsekretariat geübte Kritik auch inbezug auf das Arbeitsamt und verlangte eine Abänderung des Personalstatuts. Nachdem der spanische Vertreter Botella die Vorwürfe, daß im Arbeitsamt unnütze Ausgaben gemacht würden, zurückgewiesen hatte, beendete Direktor Albert Thomas die Debatte mit einem Schlußwort, in dem er besonders vor der Streichung solcher Posten warnte, an denen die Arbeiterschaft interessiert sei. „Wenn", so schloß er, „Millionen von organisierten Arbeitern dem Völkerbunde sympathisch gegenüberstehen und ihm ihre Mitarbeit sowohl in der Abrüstungsfrage wie auch in der Bearbeitung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme schenken, so nur deswegen, weil sie im Arbeitsamt die Stärke ihrer Vertretung fühlen." Hierauf nahm der Haushaltsausschuß die von Hambro vorgelegte Entschließung über die Abänderung des Personalstatuts mit einigen Einschränkungen an.

Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokraten.

⊠ **Wien**, 15. Sept. Auf dem Parteitag der Sozialdemokratie Oesterreichs ergriff heute Abg. Dr. Otto Bauer das Wort zu einem langen Referat über den Mieterschutz und die sozialdemokratische Wohnungspolitik und sagte, eine Entscheidung könne nur die sozialistische Lösung bringen. Die Sozialdemokraten seien bereit, über die Lösung der Wohnungsfrage zu verhandeln; wenn aber die Regierung und die Regierungsparteien ein Gesetz durchzubringen beabsichtigten, das eine Vorbereitung für die völlige Zerstörung des Mieterschutzes darstelle, dann werde die Sozialdemokratie an einem solchen Gesetz nicht mitwirken; das gegenwärtige Parlament habe kein Recht ein solches Gesetz zu beschließen. Der Redner befaßte sich dann mit der Aktivität der Heimwehren und führte u. a. aus: Jeder, der versuchen sollte, mit Gewalt in den Kampf für den Mieterschutz einzugreifen, wird die Arbeiterschaft gegen sich haben. Die Putschisten fürchten, daß es bei einem Volksentscheid zu einem sozialdemokratischen Sieg kommen könnte. Deswegen wollen sie eine Stimmung sozialer Panik und Angst vor dem Bolschewismus erzeugen. Die sozialdemokratische Taktik muß eine Taktik der Kaltblütigkeit sein. Wir werden die Faschisten nicht ermutigen. Gewaltsame Zusammenstöße mit ihnen liegen nicht im Interesse der Sozialdemokratischen Partei, deren Interesse es vielmehr ist, das Volk nicht ablenken zu lassen, damit es in voller Ruhe und Klarheit über den Mieterschutz entscheide. — Nach längerer Debatte wurde eine Entschließung angenommen, die sich die von Dr. Bauer aufgestellten Leitgedanken zu eigen macht.

Die Neuregelung des Konzessionswesens in Sowjetrußland.

⊠ **Moskau**, 15. Sept. „Ekonomitscheskaja Schisn" bringt einige Angaben über die vom Volkskommissariat angenommenen grundsätzlichen Bestimmungen für die Entwicklung des Konzessionswesens in der Sowjetunion. Die Bestimmungen sehen vor, daß den Konzessionären freies Absatzrecht für ihre Erzeugnisse gewährt wird, weiterhin Zollvergünstigungen bei der anfänglichen Einfuhr von Ausrüstungsgegenständen und Bauinventar. Außerdem sind eine Reihe Maßnahmen zur Erleichterung der Möglichkeit der Ausfuhr von Devisen ins Ausland und die Einführung eines Einheitssteuersystems für Konzessionsunternehmungen vorgesehen, wobei die Steuer von einer bestimmten Behörde nach besonders festgesetzten Regeln erhoben wird. Die Konzessionsunternehmungen müssen einheimische Rohstoffe verarbeiten, jedoch soll die Einfuhr von Rohstoffen gestattet werden, falls die Sowjetbehörden dies für notwendig befinden.

„Graf Zeppelin".

Die verzögerte Starterlaubnis.

•:• **Friedrichshafen**, 15. Sept. Kurz nachdem der Aufstieg für heute abgesetzt war, traf vom Reichsverkehrsministerium telefonisch die Mitteilung ein, daß Dr. Eckener die Genehmigung für Fahrten über dem Bodensee habe. Auch die Erlaubnis für Fahrten über bewohntem Gebiet werde sofort erteilt werden, wenn gewisse Rückfragen beantwortet seien, auf die die deutsche Versuchsanstalt für Luftschiffahrt noch Wert legt. Es sollen Mißverständnisse mitgespielt haben, die nun behoben sind, sodaß der Aufstieg für Montag früh erwartet werden kann, wenn nicht außergewöhnlich schlechte Windverhältnisse eintreten.

Ueber die Ursache der Verzögerung meldet die „Vossische Zeitung" auf Anfrage vom Reichsverkehrsministerium, daß der Luftschiffbau Friedrichshafen nicht den nach den Bestimmungen erforderlichen Nachweis einer Haftpflichtversicherung erbracht hatte. Dazu sei noch gekommen, daß das Luftschiff bisher noch nicht öffentlich abgenommen worden war. Die deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt habe nach eingehender Prüfung des Luftschiffes gewisse Rückfragen nach Friedrichshafen gestellt, die bis Samstag noch nicht beantwortet waren. Infolgedessen hätte die Versuchsanstalt das Luftschiff nicht freigegeben und das Reichsverkehrsministerium die Erlaubnis zu größeren Fahrten nicht erteilen können. Die Schuld an der Verzögerung liege also nicht beim Reichsverkehrsministerium, sondern in Friedrichshafen.

*

Schlechte Witterung.

• **Friedrichshafen**, 16. Sept. Wie Dr. Eckener dem Sonderberichterstatter des WTB am Sonntag mitteilte, hat sich die Wetterlage leider nicht gebessert. Im Gegenteil, sie war gestern nachmittag eher günstiger als heute. Ueber dem Bodensee steht am Sonntag abend ein ziemlich heftiger Nordwestwind, der das Schiff beim Herausbringen gegen die Halle drücken könnte. Jedenfalls sind die Aussichten für die morgige Probefahrt unter diesen Umständen keineswegs günstig.

Die Tornadokatastrophe in Amerika.

Auch noch ein Wolkenbruch.

⊠ **Rockford** (Illinois), 15. Sept. Die Zahl der bei der Tornado-Katastrophe getöteten Personen wird heute früh auf mindestens 75, die der Verwundeten auf das Doppelte geschätzt, und man vermutet, daß eine große Anzahl Opfer noch unter den Trümmern von Fabriken und sonstigen größeren Gebäuden begraben liegt. Der Tornado erreichte die Stadt am späten Nachmittag mit unerhörter Plötzlichkeit und Heftigkeit. Der sich rasch verdunkelnde Himmel war die einzige Warnung. Auf den mit furchtbarem Getöse vorüberziehenden Wirbelsturm folgte ein Wolkenbruch, der das allgemeine Chaos noch erhöhte. Spät nachts waren Hunderte von Freiwilligen damit beschäftigt, die Opfer aus den Trümmerhaufen zu befreien. In einer eingestürzten Möbelfabrik wurden, wie gemeldet, allein über 100 Personen verschüttet. Nach Schilderungen von Augenzeugen wurde das Fabrikgebäude buchstäblich in Stücke gerissen. Zuerst verschwand das Dach, dann gab unter dem verminderten Luftdruck von Innen die Wand nach, während der Winddruck von außen die Insassen unter einem Hagel von Ziegelsteinen begrub. Glücklicherweise verhinderte der Wolkenbruch den Ausbruch von Bränden, was die Rettungsarbeiten einigermaßen erleichterte. Entsetzliche Szenen spielten sich während der Bergung der stöhnenden Verwundeten aus den Trümmern ab. Automobile wurden mehrere hundert Meter weit durch die Luft getragen. Elektrische Drähte und Trümmer füllten die Straßen, sodaß die Rettungsarbeit behindert wurde.

*

Drohende Hungersnot.

⋎ **New York**, 15. Sept. Die aus San Juan noch immer spärlich einlaufenden Nachrichten lassen erkennen, daß die ganze Insel durch den Tornado mehr oder weniger verwüstet worden ist. Der Kanzler der Universität Porto Rico erklärte in einer kurzen Meldung, daß die Bevölkerung vom Hungertode bedroht sei. Noch lange nachdem der Tornado vorübergezogen war, wurden Trümmerteile vom Sturm mit maschinengewehrähnlichem Geräusch durch die Luft geschleudert, und die Straßen waren daher kaum passierbar. Unter den zahlreichen mehr oder weniger zerstörten Gebäuden blieb nur einigermaßen ein Café erhalten, das „Fels von Gibraltar" heißt. Große Besorgnisse hegt man für mehrere Dampfer, von denen noch immer jede Nachricht fehlt. Desgleichen ist man in Sorge darüber, welchen Weg der Tornado einschlagen wird. Sachverständige sind der Ansicht, das sich der Sturm in nördlicher Richtung bewegen könnte, ohne daß er notwendiger Weise die nordamerikanische Küste berühren müßte.

*

Die Kaffee-Ernte vernichtet.

◆ **New-York**, 15. Sept. Associated Preß meldet aus Havanna: Die hier aus Porto Rico eintreffenden dürftigen Berichte bezeichnen den Tornado als die vielleicht größte Katastrophe in der Geschichte der Karibischen Inselgruppen. Man nimmt an, daß in San Juan etwa 70 Prozent der Privatwohnungen und 30 Prozent der Geschäftshäuser zerstört wurden. Ungefähr ein Drittel der gesamten Bevölkerung ist obdachlos. Die besseren Wohnviertel, in denen Hunderte von Amerikanern wohnen, erlitten den schwersten Schaden, da das Sturmzentrum direkt über sie hinwegging. Das amerikanische Rote Kreuz hat vorläufig 50 000 Dollar für die Hilfsaktion zur Verfügung gestellt. Der Zerstörer „Gilmer" ist mit einer Hilfsexpedition an Bord von Charleston nach Porto Rico in See gegangen. Die Virgin-Inseln und die Turks-Inseln sind ebenfalls von dem Tornado betroffen worden. Auch dort wurde großer Sachschaden angerichtet und insbesondere die Schiffahrt schwer betroffen. Man befürchtet, daß die Kaffee-Ernte auf Porto Rico, die bereits auf den europäischen Märkten verkauft ist, vollkommen vernichtet wurde. Auch die Bananen-Ernte dürfte zum größten Teil zerstört sein.

*

Auch die Zuckerernte schwer geschädigt.

÷ **New-York**, 15. Sept. Associated Preß berichtet aus San Juan (Porto Rico): Laut Meldungen der Zeitung „El Tiempo" sind in der an der Ostküste gelegenen Stadt Humacao bei der gestrigen Sturmkatastrophe 30 Personen getötet worden. Die Zuckerernte hat schweren Schaden erlitten. Berichte aus Nassau, der größten Stadt der Bahama-Inseln, besagen, daß die Kabelverbindung mit den 400 Seemeilen südöstlich gelegnen Inagua-Inseln unterbrochen ist. Man befürchtet, daß Nassau selbst bedroht ist, da es in der Richtung liegt, die der Tornado nach den letzten Meldungen nimmt. Es wird erwartet, daß der Sturm Sonntag morgen die Bahama-Inseln erreichen wird.

„Orcoma" nicht in die Orkanzone geraten.

◆ **New-York**, 15. Sept. Der Passagierdampfer „Orcoma", an dessen Bord sich Sir Austen Chamberlain befindet, hat durch Funkspruch gemeldet, das Wetter sei im allgemeinen schön gewesen. Der Dampfer scheint also den Orkan vermieden zu haben, der die Inseln unter dem Winde heimgesucht hat.

Taifun auch in Schanghai.

◆ **Schanghai**, 16. Sept. Ein Taifun, der zwei Tage anhielt, hat im ganzen Küstengebiet in der Nachbarschaft von Schanghai schwerste Schäden angerichtet. Unter der chinesischen Bevölkerung sind ungezählte Todesfälle durch Ertrinken zu verzeichnen. Die Verkehrsverbindungen sind vollständig unterbrochen. Infolge wolkenbruchartigen Regens leidet Schanghai unter einer der schlimmsten Ueberschwemmungen, die seit 1905 vorgekommen sind. Die französische Konzessionszone und das Lager der amerikanischen Marinetruppen stehen unter Wasser. Der Straßenbahnverkehr ist eingestellt. Allein in den letzten 24 Stunden betrug die Niederschlagsmenge 18 cm.

Blutige Familientragödien.

÷ **Berlin**, 16. Sept. In der Nacht zum Sonntag wurde in dem Vorort Oberschönhausen der 50jährige Bauarbeiter Franz Willnat von seinem Schwiegersohn anscheinend in der Notwehr erschossen. Willnat, der im Trunk zu Ausschreitungen neigt, war bereits schwer betrunken nach Hause gekommen und hatte seine Frau, die ihm Vorwürfe machte, mit einem Küchenbeil bedroht. Die Frau flüchtete durch das Fenster in die unmittelbar benachbarte Wohnung ihres Schwiegersohnes, des 25jährigen Technikers Erich Müller. Willnat, der seine Frau verfolgte, zertrümmerte darauf mit dem Beil die verschlossene Eingangstür der Müllerschen Wohnung und als das Ehepaar Müller mit Frau Willnat sich darauf ins Schlafzimmer flüchtete, auch die Schlafzimmertür, obwohl Müller, um seinen Schwiegervater zur Besinnung zu bringen, zwei Schreckschüsse durch die Tür abgegeben hatte. Müller, der sich nicht mehr zu helfen wußte, gab nun einen dritten Schuß auf seinen Schwiegervater ab, der Willnat ins Herz traf. Müller wurde verhaftet und die Leiche bis zur Klarstellung des Sachverhalts vorläufig beschlagnahmt, doch scheint Müllers Angabe, daß Notwehr vorliegt, zuzutreffen. Beide Familien lebten in angenehmen äußeren Umständen, da Müller gut verdiente und Willnat im nüchternen Zustand ein fleißiger und tüchtiger Arbeiter war. — Am Michaelkirchplatz 15 tötete Sonntag vormittag der 47jährige Telegraphenobersekretär Wilhelm Engel nach einem Streit seine 35jährige Frau Marie und verletzte seine 38jährige Schwägerin durch drei Schüsse schwer, die 15jährige Tochter, die noch im Bette gelegen hatte, rettete sich im letzten Augenblick fast unbekleidet ins Treppenhaus. Die Schüsse, die der Vater ihr nachsandte, verfehlten glücklicherweise ihr Ziel. Als die Polizei in die Wohnung eindrang, hatte sich Engel inzwischen durch einen Kopfschuß getötet. Die Ehe war seit langem zerrüttet. Engel hatte sich aber von seiner Frau nicht trennen wollen, weil er zu sehr an seinen Kindern hing.

Kleine Nachrichten.

Empfang beim Reichspräsidenten.

)(**Berlin**, 15. Sept. Der Reichspräsident v. Hindenburg empfing heute den ehemaligen amerikanischen Handelsminister, Charles Nagel, aus St. Louis.

Die Wahlen in Dänemark.

◇ **Kopenhagen**, 15. Sept. Nach der vorläufigen inoffiziellen Erzählung der Resultate bei den Landthingsergänzungswahlen bleibt im zweiten und dritten Landthingswahlkreis die bisherige Lage unverändert, während die Linke im fünften Landthingskreis ein Mandat an die Sozialdemokraten abgibt. Die Auszählung der Stimmen ergab bis heute abend folgendes Bild: Konservative 28 541 (96 Wahlmänner), Radikale 17 886 (58 Wahlmänner), Sozialdemokraten 80 780 (302 Wahlmänner), Venstre 98 762 (388 Wahlmänner), Rechtsverband Dänemark 4397 (4 Wahlmänner), Schleswigsche Partei 6719 (27 Wahlmänner), Sammlungspartei 1013 (2 Wahlmänner), Holsteinische Partei 6031 (22 Wahlmänner).

Der Ueberfall in der Badstraße in Berlin.

◇ **Berlin**, 15. Sept. Das furchtbare Verbrechen, das am Sonnabend vormittag in der Badstraße verübt wurde, hat ungewöhnliches Aufsehen erregt. Im Laufe des Nachmittags ist der Täter festgestellt worden. Es ist ein 21 Jahre alter Arbeiter Kurt Hupak, der in Berlin geboren ist. Seine Eltern sind beide tot. Der Vater starb während der Inflationszeit, die Mutter im Jahre 1924. Nach dem Tode des Vaters scheint über die Hinterbliebenen das Elend hereingebrochen zu sein. Der junge Hupak ließ sich dann zu geringfügige Diebstähle zuschulden kommen. Als er seinerzeit den Aerzten zugeführt wurde, stellten diese fest, daß er leicht beeinflußbar und stark psychopathisch ist. Da die Mutter zu schwach war, um ihn zu leiten, wurde er in einem Heim untergebracht. Hupak, der, wie gemeldet, sich eine Kugel in die Schläfe geschossen hat, kann nicht vernommen werden. Die angeschossene Wirtschafterin Frieda Kirsch hat die Operation gut überstanden. Ihr Befinden ist aber noch ernst. Hupak ist seinen Verletzungen erlegen, ohne vernommen worden zu sein.

Ein Eisenbahnunglück in der Fränkischen Schweiz.

•:• **Nürnberg**, 15. Sept. Am Sonnabend entgleiste von dem Personenzug 259 aus bis jetzt noch unbekannter Ursache in der Station Muggendorf in der Fränkischen Schweiz ein Wagen und stürzte um. Dabei wurde ein Kind namens Kunzmann aus Nürnberg getötet und einige Personen verletzt.

Nürnberg, 16. Sept. Ueber den Zugunfall auf der Station Muggendorf in der Fränkischen Schweiz gibt die Reichsbahndirektion Nürnberg folgende amtliche Darstellung: Bei der Einfahrt des Zuges 259 Nürnberg-Gößweinstein in die Station Muggendorf stellte sich die Einfahrtsweiche, die entgegen der Vorschrift nicht gestellt war, aus vorläufig unaufgeklärter Ursache unter dem Zuge um. Infolgedessen entgleiste der vierte Wagen und legte sich auf die linke Seite. Dabei fiel das 2½jährige Kind Anneliese des Amtsanwalts Kunstmann von Nürnberg aus dem Wagen und wurde getötet. Die Mutter des Kindes wurde schwer (Handverletzungen links und Quetschungen am linken Oberarm und Schulter) und weitere acht Reisende leicht verletzt. Der Sachschaden ist unbedeutend. Der Zugverkehr erlitt geringe Verspätungen. Die Aufräumungsarbeiten waren noch am Abend beendet.

Vermischte Nachrichten.

Ein Geschoßeinsturz im Ullsteinhaus in Berlin.

× **Berlin**, 15. Sept. Bei Abbrucharbeiten in einem alten Anbau des Ullsteingebäudes stürzte heute nachmittag die Decke des fünften Stockwerks in einem Ausmaß von etwa fünf Quadratmeter ein und brach bis zum dritten Stockwerk durch. Zwei Maurer, die oben beschäftigt waren, wurden mit in die Tiefe gerissen und schwer verletzt. Die erste Hilfe wurde ihnen in der Unfallstation des Ullsteinhauses zuteil. Die Feuerwehr, die auf die Meldung „Menschenleben in Gefahr" mit drei Zügen angerückt war, ist z. Zt. mit den Räumungsarbeiten beschäftigt. Die Ursache des Einsturzes ist noch nicht aufgeklärt.

Verpflichtung des „Eisernen Gustav" durch den Wintergarten.

◇ **Berlin**, 15. Sept. Der „Eiserne Gustav" mit seiner Droschke Nr. 102 ist durch Vermittlung einer Berliner Künstleragentur für die Zeit vom 17. bis 30. September für den Wintergarten verpflichtet worden. Diese Nachricht erregt in den Kreisen der Künstlerschaft, besonders bei der Internationalen Artistenloge lebhaftes Befremden. Man ist erstaunt, daß der neue Wintergarten, den man doch nach seiner Neueröffnung auf Niveau zu halten gedachte, eine so eigenartige Tagessensation in sein Programm einreiht. Fachkreise sind der Meinung, daß derartige Schaustellungen in die Vergnügungsparks und Panoptiken gehören, nicht aber auf die Varieteebühne.

Zum Schiffsunglück auf der Unterelbe.

& **Altona**, 15. Sept. Die drei bei dem Schiffsunglück vor Blankenese vermißten Personen wurden im Laufe des Freitags als Leichen aus der Elbe geborgen. Es handelt sich um einen Hamburger Prokuristen, einen Kontoristen aus Elmshorn und ein Dienstmädchen aus Blankenese, die die Fahrt auf dem gerammten Dapfer „Königin Luise" mitgemacht hatten.

Pilzvergiftungen in Bayern.

• **München**, 16. Sept. Nachdem erst vor einigen Tagen in Sauerlach die Familie eines Münchener Pensionsinhabers nach dem Genuß von Knollenblätter schwer erkrankt und die Frau und ein fünf Jahre altes Kind an der Vergiftung gestorben sind, ist nun in München ein neuer schwerer Fall von Pilzvergiftung zu verzeichnen. Am Samstag erkrankte unter schweren Vergiftungserscheinungen nach dem Genuß von Pilzen der Postoberschaffner Josef Seidl, seine Ehefrau und seine beiden sechs und neun Jahre alten Söhne. Der Oberpostschaffner ist gestern an den Folgen der Vergiftung gestorben, ebenso der ältere Sohn, die Mutter und der zweite Sohn mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Ihr Zustand ist nicht lebensgefährlich.

Der Distanzflug Berlin—Sibirien.

◆ **Königsberg**, 15. Sept. Das heute vormittag zu einem Distanzflug über Königsberg nach Sibirien gestartete Klemm-Daimler-Leichtflugzeug mit den Herren Winterfeld und Eichler an Bord ist heute nachmittag hier glatt gelandet. Der Weiterflug nach Moskau soll morgen vormittag erfolgen.

Pestepidemie in der Mandschurei.

⊠ **Paris**, 15. Sept. Die Agentur Indo-Pacifique berichtet aus Mukden, daß in zwei mandschurischen Ortschaften die Beulenpest ausgebrochen ist. Ein ärztlicher Ueberwachungsdienst ist am Nordknotenpunkt der ostchinesischen Eisenbahn und südlich der Strecke Peking—Mukden errichtet worden.

Feuersbrunst in Bourges.

◇ **Paris**, 15. Sept. Im schönsten Stadtviertel von Bourges brach gestern eine Feuersbrunst aus, die auf Kurzschluß in einem Warenhause zurückzuführen ist. Das Warenhaus und neun andere Gebäude brannten nieder. Um 1 Uhr nachts glaubte man den Brand gelöscht zu haben, doch brach er zwei Stunden später in einer Kaserne erneut aus. Die Abendpresse schätzt den Schaden auf 80 Millionen Franken.

Feuer im Hafen von Constanza.

Bukarest, 15. Sept. In einem Becken des Hafens von Constanza gerieten Oelreste, die auf der Oberfläche des Wassers schwammen, durch eine weggeworfene Zigarette in Brand. Das Feuer drang bis zum Ankerplatz des spanischen Dampfers Hermes vor, der aus der Gefahrzone hinausgeschleppt werden konnte, der aber trotzdem einen auf 10 Millionen Lei geschätzten Schaden erlitt. Die anderen in der Nähe des Brandherdes vor Anker liegenden Schiffe konnten in Sicherheit gebracht werden.

11. Hauptversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung.

—o— **Lippspringe**, 16. September.

Die Kommunalpolitische Vereinigung der Deutschen Zentrumspartei hält ihre diesjährige 11. Hauptversammlung in dem schön gelegenen Badeorte Lippspringe bei Paderborn ab. Die Kommunalpolitiker hatten sich bereits am Samstag in sehr großer Anzahl im Arminiusbade eingefunden. Stehen doch für die nächste Zeit ungeheuer wichtige Aufgaben zur Lösung und Erledigung.

Am Samstag nachmittag um 3 Uhr begann die Sitzung des Hauptvorstandes. Daran reihte sich die Sitzung des Vorstandes des Bundes der Förderer und die Hauptversammlung des Bundes der Förderer. Um 6 Uhr gab es eine sehr interessante Aussprache über theaterpolitische Fragen. Das Referat hielt Verwaltungsdirektor Molitor von den Vereinigten Theatern der Stadt Köln. Zu gleicher Stunde fand eine Sondersitzung statt unter dem Stichwort: Kommunalpolitik im Landkreise. Es sprachen Landrat Dr. Schunck, Westerburg, über „Kreis- und Gemeindeverwaltung in Nassau" (ein Vergleich mit den rheinischen und westfälischen Verhältnissen), Landrat Dr. Schönkaes-Warburg über „Unsere Aufgaben bei der Ostsiedlung" und Kuratus Polzin-Schneidemühl über „Zusammenarbeit zwischen Ost und West in der Siedlungsfrage". Sämtliche behandelten Fragenkomplexe wurden einer eingehenden Aussprache unterzogen. Die weiblichen Kommunalpolitiker tagten um 8 Uhr. Es wurden von sachkundigen Referentinnen die Arbeitsfürsorge und die weibliche Polizei besprochen.

Ein gemütliches Beisammensein im Arminiusbad beim Konzert des verstärkten Kurorchesters und Illumination des Kurparkes gab Gelegenheit, sich auch privat näher kennen zu lernen und auszusprechen.

Der Sonntagmorgen wurde eingeleitet mit einem Festgottesdienst in der Pfarrkirche von Lippspringe. Bischof Dr. Kaspar Klein von Paderborn hatte ursprünglich zugesagt, die Predigt zu halten. Er mußte sich im letzten Augenblick durch Generalvikar Prof. Rosenberg vertreten lassen.

Die

erste allgemeine Versammlung

tagte um 10,30 Uhr im großen Saale des Arminiusbades. Der erste Vorsitzende der K. P. V. Justizrat Dr. Mönnig, Köln, richtete herzliche Worte der Begrüßung an die Gäste und Mitglieder, die den Saal bis auf den letzten Platz füllten. Justizrat Mönnig wies hin auf die schwierige augenblickliche Lage der deutschen Unterhändler in Genf und auf die düsteren Wolken, die zur Zeit wieder über dem besetzten Gebiet im Westen heraufziehen. Er teilte mit, daß die Zentrumsfraktion ihren Mitgliedern in Genf ein Telegramm geschickt habe, daß den besetzten rheinischen Gebieten unter keinen Umständen neue Fesseln angelegt werden dürften. (Stürmischer Beifall.) Das besetzte Gebiet, so rief Justizrat Mönnig mit erhobener Stimme aus, muß bald befreit werden. Wir können Deutschland nur wieder aufbauen, wenn wir frei sind!

Dann rollte der erste Vorsitzende das außerordentlich umfangreiche Feld hochwichtiger kommunalpolitischer Aufgaben auf, die in der nächsten Zeit zu bewältigen sind. Insbesondere sei es die Frage der kommunalen Neugliederung hier im Westen, mit der sich die 11. Hauptversammlung eingehend werde beschäftigen müssen. Mit einem Appell, auch unter den neuen, viel schwierigeren und undankbareren Verhältnissen sich mit Liebe und Verantwortungsbewußtsein der kommunalpolitischen Arbeit hinzugeben, schloß Justizrat Mönnig seine einleitende Ansprache.

Sodann gab er Kenntnis von dem Entschuldigungsschreiben des hochw. Herrn Bischofs Dr. Klein von Paderborn, der durch seine Bereitwilligkeit, den Festgottesdienst zu halten und an den Verhandlungen teilzunehmen, sein lebendiges Interesse an der Kommunalpolitischen Vereinigung bewiesen habe. Justizrat Mönnig sprach dem Bischof den Dank der K. P. V. aus und ließ diesen später auch durch den inzwischen erschienenen Generalvikar Prof. Rosenberg mündlich übermitteln.

An zweiter Stelle hieß der Vorsitzende herzlich willkommen den preußischen Wohlfahrtsminister Hirtsiefer. Er sei ein selbstverständlicher Gast auf den Tagungen der kommunalpolitischen Vereinigung. Neben Minister Hirtsiefer war als Vertreter des preußischen Innenministers Ministerialrat Czirntsch erschienen. Oberpräsident Gronowski, der am Samstag an den Verhandlungen teilgenommen hatte, hatte sich für den Sonntag entschuldigen lassen, da er anderweitig verpflichtet war. Landeshauptmann Dr. Dieckmann, der gleichfalls verhindert war, hatte seinen Vertreter Landesrat Dr. Zuhorn entsandt.

Justizrat Mönnig konnte weiter begrüßen Landeshauptmann Dr. Lutsch von Wiesbaden, der in der ersten allgemeinen Versammlung als Hauptredner vorgesehen war, dann den Regierungspräsidenten Dr. Amelunxen von Münster, den Vizepräsidenten des Reichstages Esser mit zahlreichen Parlamentariern, den Generalsekretär der Deutschen Zentrumspartei Dr. Vockel, Vertreter des Saargebietes und des Ostens, zahlreiche Oberbürgermeister, Bürgermeister, Vertreter befreundeter Verbände usw., usw.

Ehrung des erkrankten 2. Vorsitzenden Dr. Lensing.

Unter besonderer Aufmerksamkeit der Versammlung gedachte Justizrat Mönnig dann des erkrankten zweiten Vorsitzenden der K. P. V., Dr. h. c. Lensing. Er habe niemals auf den Veranstaltungen der Kommunalpolitischen Vereinigung gefehlt und seit mehr als vier Jahrzehnten ständig in der Zentrumspartei mitgearbeitet. Die ältere Generation, so führte Herr Mönnig aus, wird wissen, wie kraftvoll Herr Lensing in dieser ganzen Zeit in der Partei gearbeitet hat, wie er stets in den vordersten Reihen stand. Er stand in der Partei als eine markante kräftige westfälische Eiche. (Lebhafter Beifall.) Herr Lensing ist, seit einigen Wochen erkrankt. Wir sind in nicht geringer Sorge um ihn. Er hat sein Amt als 2. Vorsitzender niedergelegt. Ich glaube in Ihrer aller Namen zu sprechen, wenn ich Herrn Lensing unsern herzlichsten Dank ausspreche für die große, schwere und opfervolle Arbeit, die er im Laufe seines ganzen Lebens für die Zentrumspartei und für das gesamte deutsche Vaterland geleistet hat. (Lebhafter Beifall.)

Die Versammlung stimmte einstimmig dem Vorschlage des Herrn Mönnig zu, Herrn Lensing ein Telegramm zu schicken mit den herzlichsten Wünschen für eine baldige Genesung und dem aufrichtigsten Dank für seine geleistete Arbeit.

Ein Telegramm an Reichskanzler a. D. Marx.

Der erste Vorsitzende widmete hierauf bedeutsame Worte dem Führer der Zentrumspartei, Reichskanzler a. D. Dr. Marx Herr Marx habe in den schwersten Zeiten des deutschen Volkes das Reichskanzleramt übernommen. Nach seinem Regierungsantritt sei wieder Ruhe in das politische Leben Deutschlands gekommen. Mit dem größten Gottvertrauen ging Reichskanzler Marx an die Arbeit. Er war der erste von deutscher Seite, der seinerzeit in London überhaupt wieder angehört wurde. Die Verhandlungen mit unsern Gegnern konnten dann erst weiter geführt werden. Die Kommunalpolitische Vereinigung der Deutschen Zentrumspartei spricht dem Reichskanzler Marx den herzlichsten Dank aus für alle Verdienste, die er sich in schwerster Zeit um Volk und Vaterland erworben hat.

Auch an Herrn Marx wurde ein entsprechendes Telegramm abgeschickt. Der Zentrumsjubilare Herold und Porsch wurde sodann vom Vorsitzenden mit ehrenden Worten gedacht. Ministerpräsident a. D. Dr. Stegerwald, Landwirtschaftsminister Steiger und viele andere hervorragende Persönlichkeiten hatten sich brieflich oder telegraphisch entschuldigt. Bürgermeister Dr. Pint, Lippspringe, dankte der K. P. V. dafür, daß sie ihre 11. Hauptversammlung nach Lippspringe verlegt habe, hieß alle herzlich willkommen und wünschte besten Verlauf der Verhandlungen.

Eine Ansprache Hirtsiefers.

Wohlfahrtsminister Dr. Hirtsiefer fand mit seiner Ansprache stürmischen Beifall. Er sagte: Alle unsere Arbeit in Berlin ist vergebens, wenn sie nicht getragen ist von der Mitarbeit der Selbstverwaltungskörper draußen im Lande. Sie müssen allen Gesetzen und Verordnungen erst Leben einhauchen. Auf der Tagesordnung der 11. Hauptversammlung steht auch die Frage der kommunalen Neugliederung. Was damit bezweckt werden soll, ist eine richtigere Verteilung der Bevölkerung und zwar so, daß alle Menschen glücklich und vernünftig leben und wohnen können.

Ich habe mir vor allem zwei Richtlinien gesteckt: 1. die Auflockerung der Großstädte und 2. eine stärkere Besiedlung des flachen Landes und der Kleinstädte. Die Kleinstädte sind die eigentlichen Kraftquellen der Nation. (Lebhafter Beifall.) Die Frage der Neugliederung muß aus dem Interessentengesichtspunkt herausgehoben und unter großen Gesichtspunkten betrachtet werden. Die kommunale Neugliederung ist nicht Selbstzweck, sondern sie hat die Aufgabe, Formationen zu schaffen, die der Wohlfahrt des ganzen Volkes dienen.

Was mich dann besonders bewegt, ist die Frage des Geburtenrückganges. Unsere Großstädte haben heute eine Geburtenziffer von 12. Berlin marschiert mit einer Ziffer von 9 an der Spitze aller europäischen Großstädte. (Hört! Hört!) Angesichts dieser unheimlichen Tatsachen ist es unsere Pflicht und Schuldigkeit, die Voraussetzungen zu schaffen, um wiederum eine größere Kinderzahl zu ermöglichen. (Lebh Zustimmung.) Man kann von den Menschen nichts Unmögliches verlangen. Wenn es uns nicht gelingt, diese Voraussetzungen zu schaffen, vor allem genügend Wohnungen zu schaffen, müssen wir für die Zukunft unserer Nation außerordentlich schwarz sehen. Wir müssen uns in den nächsten Jahren sehr stark von diesen biologischen Gesichtspunkten leiten lassen. Wir haben bereits heute zu verzeichnen, daß in gut angelegten Siedlungen an der Peripherie der Großstädte mehr Kinder geboren werden, als in den alten Elendsquartieren. Möge die Kommunalpolitische Vereinigung an diesen wichtigen Aufgaben tatkräftig mitarbeiten.

Generalvikar Rosenberg

überbrachte die Grüße des hochw. Bischofs Dr. Klein. Er hob besonders hervor, daß die Grundlage der K. P. V. echt katholisch sei. Insbesondere stimmte er dem Minister Hirtsiefer zu, daß vor allem die Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um unser Volk vor dem schrecklichen Geburtensturz zu bewahren. Die Diözese Paderborn habe den ganzen Ernst der Lage erkannt und stehe zurzeit mit dem Wohlfahrtsministerium in Berlin in Verhandlungen, Kirchenländereien in entsprechender Weise für Siedlungszwecke zur Verfügung zu stellen. „Wir wollen," so sagte Prof. Rosenberg unter lebhaftem Beifall der Versammlung, „den Leuten helfen, daß sie zu einer ordentlichen Wohnung kommen. Wir wollen die Siedlungsfrage tatkräftig fördern." Er bat den Minister, die Wünsche der Diözese Paderborn möglichst bald erfüllen zu wollen.

Ministerialrat Czirntsch vom preußischen Innenministerium überbrachte die Grüße des Ministers. Es ist, so betonte er, wegen der kommunalen Neugliederung seit einiger Zeit eine große Beunruhigung in das Gemeindeleben hineingetragen worden. Dieser Zustand darf nicht lange mehr andauern. Er muß möglichst verkürzt werden. (Lebhafter Beifall.) Unter diesem Schwebezustand leidet das kommunale Leben außerordentlich. Möge, so schloß er, die Kommunalpolitische Vereinigung der Deutschen Zentrumspartei in erster Linie mit dazu beitragen, das Werk der kommunalen Neugliederung möglichst bald zu einem gedeihlichen Ende zu führen.

Vizepräsident des Reichstages Esser versicherte, daß die Parlamente das größte Interesse hätten an der baldigen Regelung der kommunalen Angelegenheiten im Westen. In den Fraktionen seien genügend aktive Kommunalpolitiker vorhanden. Es sei nicht wahr, daß die Fraktionen für die kommunalen Fragen kein Verständnis hätten. Vizepräsident Esser versicherte namens der Parlamentarier das engste Zusammenarbeiten mit den kommunalen Vertretern.

Regierungspräsident Dr. Amelunxen von Münster sprach zwei Bitten aus: Der bevorstehende Kampf und die bevorstehenden Verhandlungen möchten mit Sachlichkeit und ohne persönliche Spitzen geführt werden. Der preußische Landtag möge die Arbeiten derartig beschleunigen, daß am 1 April nächsten Jahres im rheinisch-westfälischen Industriegebiet klare kommunale Grenzen vorliegen. Dem jetzigen unheilvollen Zustand möge bald ein seliges Ende bereitet werden. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem noch ein Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, der Stadtv.-Vorsteher von Paderborn, und ein Vertreter des Saargebiets gesprochen hatten, erhielt Landeshauptmann Dr. Lutsch, Wiesbaden, das Wort zu seinem Vortrage: Allgemeine Gesichtspunkte zur kommunalen Neugliederung." Der Vortrag war grundlegend. An ihn schlossen sich nachmittags in der zweiten allgemeinen Versammlung mehrere Vorträge an, die das Problem beleuchteten vom Gesichtspunkt der Großstadt, der Mittelstadt, der Kleinstadt, des Landkreises und der Landgemeinde.

Die Verhandlungen werden am Montag fortgesetzt.

9. Westfälischer Beamtentag.

:: **Herford**, 16. September.

Im türmereichen Herford, dem hilligen Herwede, fand gestern und heute der 9. Westf. Beamtentag statt. In Anbetracht der wichtigen Punkte der Tagesordnung, die im besonderen auf die Stellung des Beamten zu den neuen Parlamenten, zur Reichs- und Verfassungsform und zum Berufsbeamtentum eingestellt war, hatten sich zahlreiche und prominente Gäste eingefunden. Es waren u. a. erschienen: Oberpräsident Gronowski, Reg.-Präs. Dr. Hagemeister, S. Magnifizenz Prof. Schöne von der Wilhelms-Universität in Münster, Vertreter der Oberpostdirektion Minden, der Reichsbahndirektionen Münster und Elberfeld, der Justiz- und Kulturverwaltungen. Auch Reichs- und Landtag waren gut vertreten u. a. durch die Abgg. Brockmann, Schuldt, Meyer-Herford u. andere.

Der Vorsitzende des Provinzialkartells des Deutschen Beamtenbundes Baumhoff (M. d. L.) erklärte in der Eröffnungsansprache, daß die Zukunft für das Berufsbeamtentum größte Aufmerksamkeit erfordert. Die Besoldungsreform sei für die Beamtenschaft keine reine Freude gewesen, sie habe eine Reihe von Beamtengruppen durchaus nicht befriedigt. Die Oeffentlichkeit sehe die große aufgewendete Summe, der Beamte beurteilte die Besoldungsreform nach der Verteilung dieser Summe auf den einzelnen. Auf der anderen Seite habe die Besoldungsreform eine Kluft zwischen Beamtentum und anderen Volkskreisen heraufbeschworen. Den verflossenen Wahlkampf habe die neue Beamtenbesoldung vielfach Musik und Inhalt gegeben. Auf dem Gebiete des Beamtenrechtswesens fehle noch alles, hier habe das neue Parlament beschleunigte und ganze Arbeit zu leisten. Die Festigung und Erhaltung des Berufsbeamtentums sei die dringendste Aufgabe der Zukunft.

Oberpräsident Gronowski begrüßte die Versammlung auf roter Erde. Die Beamtenschaft sei keine besondere Volksklasse, sie sei Diener des Ganzen. Die Arbeit des Beamtentums sollte nicht gestört oder getrübt werden durch politischen Meinungsaustausch und politische Streitsucht. Mißverständnisse mit anderen Berufsorganisationen müßten beseitigt werden. Friede und Freundschaft zwischen allen Volksklassen sei das beste Fundament erfolgreicher Arbeit und eines guten Staates. Die bestehende Kluft zu überbrücken, müsse die Aufgabe aller sein. Das Wirken und Schaffen aller Beamten, ganz gleich wo sie stehen, gehöre dem ganzen Volke. Im Namen aller Behörden wünsche er der Tagung ein herzliches Glückauf.

Den ersten Vortrag über

„Die neuen Parlamente und die Beamtenschaft"

hielt Herr Bundesdirektor Rausch-Berlin. Er führte aus: Die Parlamentswahlen am 20. Mai haben eine starke Verschiebung des Kräfteverhältnisses im Reichs- und Landtag gebracht. Die einen haben starke Verluste erlitten, die anderen Gewinne eingeheimst. Hier Jubel, dort Verstimmung, das ist das Fazit des 20. Mai. Neue und starke Bewegung, die u. U. neue Verhältnisse herbeiführen können, bereiten sich vor, man beobachte nur die Bewegung wegen des Panzerkreuzers. Die Beamtenschaft hat großes Interesse an die Zusammensetzung des neuen Reichstages, sind doch von ihm wichtige und folgenschwere Beschlüsse zu fassen. Eigenartig ist es, daß besonders die wirtschaftlichen Parteien starken Zulauf an neuen Wählern erhalten haben. Die Ursache scheint die starke wirtschaftliche Bedrängnis großer Volksteile zu sein, die mehr auf die Worte des Programms dieser Parteien gesehen haben. Aufgabe der alten, großen Parteien muß es sein, auch der wirtschaftlichen Seite größte Beachtung zuzuwenden. Aber in der Politik entscheidet nicht nur das Wirtschaftliche, ein rein wirtschaftliches Programm kann daher nicht von Dauer sein, die Arbeit der Parteien muß auch von sittlichen Ideen getragen werden. Die Beamtenschaft vermißt im neuen Parlament anerkannte Führer wie: Harmany, Schulz, Allerotte, Groß, Koch, Brodauf und Dietrich-Franken.

Redner geht im einzelnen näher auf die Ursache dieses Kräfteverlustes ein, behandelt dann aber im besonderen die feindliche Einstellung gewisser Volksführer gegen das Beamtentum. Der Demokrat und badische Staatspräsident Hellpach habe eine Schrift herausgegeben, in der er sich klug und klar und in schärfster Form gegen das Berufsbeamtentum, gegen die nach seiner Meinung zu stark angeschwollene Schicht der Beamten wende. Die Wirtschaftler Quessel, Spengler und Dr. Köttgen hätten sich ebenfalls gegen die Beamtenschaft ausgesprochen. Die Beamtenschaft könne nur durch Einigkeit und festen Willen diese heraufkommenden Gefahren beschwören.

In der Aussprache

erklärte der Reichstagsabgeordnete Schuldt, daß die Demokratische Partei sich mit der Ansicht des Herrn Hellpach nicht identisch erklärt habe, im Gegenteil habe sie sein Vorgehen scharf mißbilligt. Er wies dann auf die Tätigkeit Stegerwalds und im besonderen auf den Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften hin. (Die Demokraten sind also ganz unschuldig, nur das böse Zentrum trägt die Schuld). Damit die Beamten künftig entsprechenden Einfluß im Parlament erhalten, schlug Schuldt vor, die Beamtenschaft möge durch Sonderbeiträge Wahlfonds sammeln, in vier Jahre könne man 4 Millionen haben. (Nur über die Verteilung auf die einzelnen Parteien schwieg sich Schuldt aus.)

In einem zweiten Vortrage behandelte Regierungsrat Dietrich-Kassel den

Aufbau und Ausbau des Deutschen Beamtenbundes.

Er schlug die Schaffung einer Bundesleitung vor, die bisher nicht besteht. Die Orts- und Provinzkartelle müßten als die Keimzellen des Beamtenbundes für die Kleinarbeit bestehen bleiben. Die unteren Beamten sollten im stärkeren Maße an der Mitarbeit beteiligt werden.

Am Sonntag sprach zunächst der Vizepräsident des Reichstags, v. Kardorff, über

Reichsreform und Verwaltungsreform.

Die Reichsverfassung sei in schwerer Zeit entstanden, Deutschland habe damals am Rande des Bolschewismus gestanden. Es müsse an der Grundlage dieser Verfassung festgehalten werden. Sie sei aber kein noli metangere, wie alles in Notzeit Geborene. Der Volksstaat müsse bleiben, es sei auszubauen, wie es im Interesse des Volksganzen notwendig sei. Die Frage der Staatsform könne keine Streitfrage sein, wir hätten die Republik, der Kampf gegen diese Staatsform sei Verbrechen am Volke. Auch unsere Reichsfarben seien in schwerer Zeit geboren, sie zu bekämpfen sei politisch falsch. Auch hier müsse Grundsatz sein, die gesetzlich festgelegten Farben zu achten. Die Vergangenheit des Deutschen Volkes könne kein Hindernis sein, am Aufbau des neuen Deutschen Reiches mitzuarbeiten. Man könne die deutsche Geschichte nicht auf den 1. August 1914 zurückdrängen, sie beginne aber auch nicht am 9. November 1918. Redner wünscht Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten und hält den Art. 43 der Reichsverfassung, der die Absetzung des Reichspräsidenten durch den Reichstag behandelt, für unmöglich. Von dem Frauenwahlrecht hätten die wenigsten eine Vorstellung, bei einer Zählung in Mainz hätte die kommunistische Partei doppelt soviel Männer- wie Frauenstimmen. Die Frau müsse sich im stärkeren Maße dem Haushalt widmen. Das Verhältniswahlrecht habe seine guten und schlechten Seiten, es habe vornehmlich den Wahlkampf gemildert und die Wahl der Parteiführer sichergestellt. Heute seien die Abgeordneten Beauftragte ihrer Parteiinstanzen; diese Entwickelung sei ungünstig, da dadurch die selbständige Persönlichkeit ausscheidet. Auch den jugendlichen Kräften sei der Zugang zum Parlament durch das bestehende Wahlsystem sehr erschwert. Den Frauen sei es ebenfalls schwer, ihre Gleichberechtigung im Parlament zu erlangen. Das Verhältniswahlrecht habe uns auch die Parteizerklüftung gebracht. Die Politik müsse auf den Generalnenner Volkswohl gebracht werden, der nationale Gedanke müsse vorherrschend werden. Das jetzige parlamentarische System führe zu Minister- und Regierungskrisen, hier sei eine stärkere Stabilität in der Regierung notwendig. Wir müßten aus dem Zustand heraus, daß eine Regierung tagtäglich beseitigt werden könne. Das Ansehen des Reichstages sei nicht gestiegen, durch die ewigen Krisen reibe sich der Reichstag selbst auf. Der Beamte sei Diener der Gesamtheit, nicht Diener einer Partei. Wer dem Staate diene, habe sich auch zu ihm zu bekennen. Der Beamte sei die stärkste Klammer des Staates. Politik dürfe nicht in die Gemeinde- und Staatsverwaltungen getragen werden. Die Staatsumformung müsse vom nationalen Gedanken getragen werden. Wir Deutsche seien von großen Gefahren umbrandet, die Zeit des Partikularismus müsse vorbei sein, der Stammeseigensinn habe uns schon genug geschadet. Wir brauchen die Verwaltungsvereinfachung, vor allem aber Vereinfachung des Steuerwesens. Alle Deutschen müssen mitarbeiten an dem großen Werke.

Der Bundesvorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Flügel behandelte in einem einstündigen Referat

die Zukunft des Berufsbeamtenttums.

Die zukünftige Entwickelung des Berufsbeamtentums sei dunkel und ungewiß. Dieses deutsche Berufsbeamtentum sei begründet in seiner geschichtlichen Entwickelung. Der alte deutsche Staat sei damit groß und mächtig geworden, auch der neue Volksstaat könne es nicht entbehren. Ferner ging er dann noch einmal ausführlich auf die Ansicht des Abg. Stegerwald über das Berufsbeamtentum ein. Nach Ansicht Flügels kann nur mit dem deutschen Beamtentum dem deutschen Staate und Volke gedient sein. Der Beamter dürfe sein Amt nicht von irgend einer Partei bekommen, auch das Wahlbeamtentum sei unbrauchbar. Die Zahl der Beamten habe sich gegen 1913 nur um 66 000 vermehrt, diese Zahl sei belanglos, wenn man die Vermehrung der Staatsaufgaben in der Nachkriegszeit vergleiche. Beamte durch Angestellte auf Tarifvertrag zu ersetzen, sei aus finanziellen Gründen untragbar, denn nur relativ wenige Beamte kämen in den Genuß der Pensionen. Auch der vielfache Stellenwechsel der Angestellten sei für ein Staatswesen unmöglich. Außer Stegerwald hätten der Demokrat Hellpach und Privatdozent Dr. Köttgen sich scharf gegen das Berufsbeamtentum gestellt. Dr. Köttgen wolle nur Hoheitsbeamte haben, für die Betriebsverwaltungen schlägt der Redner Angestellte mit Versicherung vor. Der Deutsche Beamtenbund lehne die Trennung der Betriebs- und Hoheitsbeamten ab. Unser Volk, unser Staat könne nur bei dem alten traditionellen Berufsbeamtentum auf öffentlich rechtlicher Grundlage gedeihen. Das Berufsbeamtentum verlange ein tiefes Bekenntnis zur Pflicht und zum Volk.

Einberufung des preußischen Landtages.

◆ **Berlin**, 15. Sept. Der Preußische Landtag ist nunmehr endgültig für Dienstag, 2. Oktober, nachmittags 1 Uhr, einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Fortsetzung der Wahlen zu den Provinziallandtagen und den Kreistagen. Ferner sollen die Ausführungsanweisungen zu verschiedenen Lehrerbesoldungsgesetzen beraten werden. Neben kleineren Vorlagen steht dann noch die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfes über die Bereitstellung von weiteren Staatsmitteln zur Widerinstandsetzung und Verbesserung staatlicher Hafenanlagen auf der Tagesordnung.

Im Landtage hat die Fraktion der Deutschen Volkspartei eine kleine Anfrage eingebracht, in der darauf hingewiesen wird, daß nach Mitteilungen, die die Fraktion der Volkspartei erhalten habe, innerhalb der Reichsregierung die Absicht bestehe, die Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. November 1923 bezt. die Stillegung von Betrieben, die die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen (Technische Nothilfe), aufzuheben. Diese Verordnung, so heißt es in der Anfrage, habe die Wirtschaft schlechthin und damit der gesamten Bevölkerung vor schweren Erschütterungen bewahrt. Bereits bei Erlaß der Verordnung sei man sich darüber einig gewesen, daß sie bis zu einer endgültigen gesetzlichen Regelung aufrechterhalten bleiben müsse. Eine solche Regelung müsse mit der Neuordnung des Schlichtungswesens eintreten, die nun auch unmittelbar bevorstehe. Es wäre aber unverständlich, so wird erklärt, kurz vor einer Gesamtregelung des Schlichtungswesens die erwähnte Verordnung aufzuheben. Das Staatsministerium wird gefragt, ob es die Reichsregierung auf die Dinge hinweisen wolle, die sich gegen eine Aufhebung der Verordnung geltend machten.

Die Regierungskrisis in Sofia.

In Bulgarien ist in den letzten Tagen eine merkwürdige Regierungskrisis zu Ende gegangen. Als vor einigen Wochen der Führer der mazedonischen Bewegung, Protogerow, in den Straßen Sofias ermordet worden war und sich herausstellte, daß die Mörder der mazedonischen Bewegung selbst angehörten, und Protogerow deshalb beseitigt hatten, weil er den mazedonischen Radikalismus abzudämpfen suchte, da hielten England und Frankreich den Augenblick für gekommen, in einer gemeinsamen Note die bulgarische Regierung aufzufordern, mit jener mazedonischen Bewegung endgültig Schluß zu machen. Es schien nämlich so, als ob auch der radikale Flügel sich nicht gänzlich würde durchsetzen können, und so nahm man an, daß diese Bewegung in sich heillos zerrüttet sei, sodaß es dem Sofioter Kabinett jetzt leicht sein würde, sich von ihr zu befreien. Die Mazedonier hatten bekanntlich den politischen Frieden zwischen Jugoslawien und Bulgarien in den letzten Jahren mehrfach sehr bedrohlich gestört. Es war zwischen beiden Ländern darüber zu heftigem Notenwechsel gekommen, der deshalb bedeutsam war, weil die Mazedonier von Rom aus begönnert wurden. Das gemeinsame Vorgehen von England und Frankreich geschah also mittelbar im Interesse Jugoslawiens und mußte in Sofia Eindruck machen, weil die dortige Regierung eine Völkerbundsanleihe erstrebt, die natürlich nur mit englischer und französischer Unterstützung zustandekommen konnte.

Jene gemeinsame Note Englands und Frankreichs hat nun die bulgarische Regierung in größte Schwierigkeiten gestürzt. Denn es stellte sich sehr bald heraus, daß von einer Zerrüttung der mazedonischen Bewegung keineswegs die Rede sein konnte, daß vielmehr der radikale Flügel durchaus die Führung in der Hand hatte. Außerdem aber stand das Kabinett selbst unter dem beherrschenden Einfluß der Mazedonier, ja lebte von ihrer tatkräftigen Unterstützung. Der Kriegsminister Wulkow gehört der mazedonischen Bewegung an und genießt die besondere Gunst des Königs Boris. So zeigte es sich sehr schnell, daß das Kabinett dem englisch-französischen Drucke nicht nachzugeben imstande war, und auch die Unterstützung, die dieser Druck durch den früheren Ministerpräsidenten Jankow erfuhr, vermochte die Situation nicht zu ändern. Der Ministerpräsident Liaptschew ist zwar mit seinen Kollegen zurückgetreten, aber wieder erneut mit der Kabinettsbildung beauftragt worden. Und so sehr auch der Außenminister Burow, der die Befehle Jankows auszuführen hatte, gegen Wulkow Stellung nahm, dieser ist als Kriegsminister geblieben, sodaß tatsächlich das alte Kabinett wiedergekehrt ist. Es ist nur um einen Freund Jankows erweitert worden.

Dieser Ausgang der Regierungskrisis bedeutet einen Sieg der mazedonischen Bewegung und eine Niederlage der Engländer und Franzosen. Die englische Presse hat inzwischen erkannt, daß man die Verhältnisse in Bulgarien falsch beurteilt hatte, sodaß man die Niederlage mit leichtem Bedauern stillschweigend hinnimmt. Die bulgarische Anleihe dürfte unter diesem Zwischenspiel nicht zu leiden haben.

Das Märchen der rotgestempelten 1000-Markscheine.

Vor einem Riesenbetrugsprozeß.

◆ **Leipzig**, 15. Sept. Am 2. Oktober wird vor dem Schöffengericht in Leipzig ein Riesenbetrugsprozeß seinen Anfang nehmen. Angeklagt ist der sogenannte „Betriebsanwalt" Gustav Winter, früher in Leipzig, Herausgeber der Zeitschrift „Für Wahrheit und Recht" und Führer der verschiedenen Organisationen in Deutschland, die heute noch die Aufwertung der rotgestempelten Tausendmarkscheine fordern. Die Anklage legt Winter Betrug insofern zur Last, als er an seine Anhänger Broschüren verkaufte, die einen Realwert von 10 Pfennig hatten und für die er eine Mark verlangte. Den Ueberschuß aber brachte er nicht der Organisation zugute, sondern führte ihn in seine eigene Tasche. Betrug wird auch darin gesehen, daß Winter wider besseres Wissen in seinen Anhängern den Glauben erhält, er könne erreichen, daß die rotgestempelten Tausendmarkscheine aufgewertet würden und daß er seine Anhänger anhält, in der Hoffnung auf diese vorgetäuschte Möglichkeit ihre Organisationsbeiträge zu zahlen, aus denen Winter seinen Lebensunterhalt fristet.

Selbstverwaltung und Steuerfragen.

Heidelberger Tagung des Reichsstädtebundes.

Der Reichsstädtebund, die Spitzenorganisation der deutschen mittleren und kleinen Städte, hielt vom 5.—8. September in Heidelberg seine diesjährige Mitgliederversammlung ab. Als kommunaler Spitzenverband umfaßt der Reichsstädtebund zurzeit über 1500 kleine und mittlere deutsche Städte mit rund 9 225 000 Einwohnern. Neben nahezu 2000 delegierten Bürgermeistern und Stadtverordneten waren mehrere hundert Gäste, darunter sehr zahlreiche Vertreter der Reichs- und Staatsministerien und zahlreiche Parlamentarier aller Parteien erschienen.

Die Mitgliederversammlung wurde am 6. d. M. mit einem Referate des Reichsministers a. D. Külz über die Ziele der Verfassungs- und Verwaltungsreform in Reich, Ländern, Gemeindeverbänden und Gemeinden eröffnet. Dr. Külz führte u. a. aus, daß im neuen Reich kein Raum mehr sei für Länder, deren Eigenstaatlichkeit nur beruhe auf dynastischer Tradition und nicht auf innerer staatlicher Lebenskraft. Den Selbstverwaltungskörpern sei im Gesamtorganismus des Volkes wieder der richtige Platz anzuweisen. Die Voraussetzung jeder Verfassungsreform sei Rationalisierung der Gesetzgebung, Verlegung der Verwaltung grundsätzlich in die unterste Instanz, Beseitigung eines jeden Dualismus zwischen Reich, Ländern und Kommunalinstanzen, die Zusammenfassung aller Spezialverwaltungsstellen bei den mittleren Behörden. Nach ihm sprach zum gleichen Thema Oberbürgermeister Renner (Rastatt).

Alsdann folgte ein Referat des Universitätsprofessors und Landtagsabg. Dr. Hoffmann (Münster) über

das Umgemeindungsproblem.

Der Redner, der zweiter Vorsitzender des Gemeindeausschusses des Landtages ist, sprach sich mit bemerkenswerter Schärfe gegen die Umgemeindungspläne der Regierung aus. Finanzielle und wirtschaftliche Fragen ständen bei der Begründung der Umgemeindungspläne allzusehr im Vordergrund. Eine kommunale Gliederung des Industriegebietes dürfe nicht nach den gegenwärtigen Bedürfnissen der Industrie gestaltet werden. Das steigende Mißtrauen gegen die Uebertragung industrieller Nationalisierung auf die Kommunalreform werde noch größer, wenn man sich die Formen ansähe, die für die künftigen Kommunalbezirke gedacht seien. Durch äußere Mittel könne keine innere Einheit geschaffen werden. Der Redner besprach weiter das Problem des Großkreises und betonte, daß gegen Zusammenlegung von nicht mehr lebensfähigen Kreisen ernsthafte Bedenken nicht zu erheben seien. In den Gebilden, die man jetzt aber schaffen wolle, könne vom kommunalen Leben und kommunaler Zusammengehörigkeit keine Rede mehr sein. Der Landrat bekome einen Einfluß, um den ihn mancher Oberbürgermeister einer Großstadt beneiden werde. Vielmehr sei danach zu streben, daß in den Gebieten, in denen die alte Landgemeinde mit landschaftlichem Charakter nicht mehr bestehe, neben den Großstädten lebensfähige mittlere und kleinere Gemeinden als Träger eines gesunden Gemeindelebens erhalten bleiben und wenn möglich, neu gebildet werden.

Der Nachmittag brachte die Referate zur Frage der Steuervereinheitlichung und des endgültigen Finanzausgleichs. Als erster Redner hierzu führte Ministerialdirektor Dr. Hog vom preußischen Finanzministerium aus, das im Entwurf des Stuervereinheitlichungsgesetz vorgesehene Anhörungsrecht der Wirtschaftsvertretung habe sich im allgemeinen bewährt, es dürfe aber nicht zu einem Einspruchsrecht ausgebaut werden. Zum Finanzausgleich stellte Dr. Hog in den Vordergrund, daß alsbald eine organisch aufgebaute Regelung erfolgen müsse; ein endgültiger Finanzausgleich werde allerdings erst nach abschließender Regelung unserer außenpolitischen Verpflichtungen und Stabilisierung unserer Wirtschaft möglich sein. Als Korrelat für das Zuschlagsrecht zur Einkommen- und Körperschaftssteuer sei ein ausreichender organischer Lastenausgleich zugunsten der leistungsschwachen Gemeinden nötig.

Nach ihm sprach der Geschäftsführende Präsident des Reichsstädtebundes, Dr. Haekel. Er betonte, daß wirtschaftliche Vernunft und die Lebensinteressen der öffentlichen Gebietskörperschaften baldigste Herstellung der Stabilität in der öffentlichen Finanzwirtschaft forderten. In jedem Falle bedürfe der jetzige Finanzausgleich einer sofortigen Verbesserung. Die starke Anspannung der Gewerbesteuer sei nichts weiter als eine Zwangsfolge der unzulänglichen Beteiligung der Gemeinden an dem vom Reich zentralisierten und zum Teil erheblich gesenkten Steuern (Umsatzsteuer) und einer Einschränkung der Gemeindebesteuerung (Getränkesteuer, Grunderwerbssteuer), während sich die Pflichtaufgaben der Gemeinden in den letzten Jahren noch ständig gesteigert hätten. Bei der Verteilung der Steuereinnahmen müßten neben den äußeren Kriegslasten des Reichs, auch die überwiegend den Gemeinden zur Last fallenden inneren Kriegslasten in ihrem ganzen Umfange gewürdigt werden. Die Einführung eines Anteilbestimmungsrechts der Gemeinden an der Einkommen- und Körperschaftssteuer als Hilfsmittel sei nach wie vor zu fordern, doch werde dadurch nicht bei allen Gemeinden eine Sanierung der Gemeindefinanzen erreicht werden. Zum Schluß sprach der Reichstagsabgeodnete Dr. Brüning. Der Redner betonte die Notwendigkeit, daß die Gemeinden nach klarer Dauerabgrenzung ihrer Aufgaben auch gesonderte Einnahmequellen erhalten müssen. Er untersuchte dann die Möglichkeit, ein

Zuschlagsrecht der Gemeinden

zur Einkommensteuer einzuführen. Ein solches sei bei einem Einkommensteuertarif, der bis zu 40 Prozent gehe, unmöglich. Ein Zuschlagsrecht könne nur dann politisch durchgesetzt werden, wenn gleichzeitig an die Senkung der beiden Haupteinnahmequellen der Gemeinden, der Realsteuern und der Gas-, Wasser und Elektrizitätstarife herangegangen werden könnte. Das Zuschlagsrecht sei auch unmöglich, solange die Lohnsteuer in ihrer heutigen Form erhalten bleibe. Das Zuschlagsrecht habe tatsächlich heute keine erhebliche Anhängerschaft mehr. Angesichts der Konzentration der Industrie in wenigen Zentren des Deutschen Reiches würde das Zuschlagsrecht eine steuerliche Begünstigung solcher Gebiete bedeuten, die an und für sich schon günstig gestellt sind. Die Folge wäre eine weitere Abwanderung von industriellen und Handelsunternehmungen in diese Gebiete zum Schaden des platten Landes und der mittleren und kleinen Städte. Als dringendste Aufgabe bezeichnete der Redner die Schaffung des interkommunalen Lastenausgleichs.

Nach der Aussprache der Fraktionen fand die Tagung ihren Abschluß mit der Annahme zweier Entschließungen, von denen die eine zur Verwaltungsreform fordert:

1. Erhaltung und Stärkung der örtlichen Selbstverwaltung, auch unter Ablenkung eines Selbstbestimmungsrechts der Landkreise über Abgrenzung der Zuständigkeiten (Ablehnung der Kompetenz-Kompetenz der Landkreise).
2. Gleiche Rechtstellung für die örtlichen Selbstverwaltungen aller Städte.
3. Wiederherstellung von Selbstbestimmung und Selbstverantwortung auf finanziellem Gebiet,

während die zweite die sofortige Durchführung des Reichsbesteuerungsgesetzes und damit die endgültige Zahlung der Verwaltungskostenzuschüsse an die Gemeinden seitens der Reichsbahn und Reichspost fordert.

Die Tagung darf in ihren Ergebnissen bei Regierung und Parlamenten Anspruch auf größte Beachtung erheben. Der bemerkenswerte Versuch, die Frage der Reichsverfassungsreform zur Erörterung zu stellen ist zwar, wie die sehr vorsichtigen und gewundenen Aeußerungen der meisten Parteiredner bezeigten, nicht gelungen. Um so einmütiger waren alle Teilnehmer mit Einschluß der Sozialdemokraten in der Forderung nach Erhaltung der örtlichen Selbstverwaltung in den Mittel- und Kleinstädten. Gingen bei den Steuerfragen naturgemäß die Auffassungen wieder weiter auseinander, so war hier, vor allem im Referat von Dr Haekel, die sehr vorsichtige und zurückhaltende Beurteilung des Zuschlagsrechts zur Einkommensteuer besonders bemerkenswert.

*

Die Zentrumsfraktion

war auf der Heidelberger Tagung außerordentlich stark vertreten. Sie hielt zwei sehr gut besuchte Sitzungen ab, in welchen die Tagesordnung gründlich durchgesprochen wurde. Die Fraktionssitzung nahm einstimmig eine Entschließung an, in welcher die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages, insbesondere die Vertreter im Gemeindeausschuß dringend gebeten werden, in der Frage der Verwaltungsreform bezw. der kommunalen Neugliederung die lebenswichtigen Interessen der kleineren und mittleren Städte mit allem Nachdruck wahrzunehmen. „Das wohlverstandene Staatsinteresse und wichtige kulturelle Gründe," heißt es dann, „verlangen gebieterisch, daß die lebensfähigen Klein- und Mittelstädte in ihrer Selbständigkeit und Selbstverwaltung erhalten und in ihrer Existenz so gefestigt werden, daß sie wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft in bewährter Weise ihre Aufgabe als unbedingt notwendiges Bindeglied zwischen Großstadt und Land zum Segen des Staates und Volksganzen erfüllen können. Nichts wäre verfehlter, als die Verabschiedung der großen und in ihrer Auswirkung so bedeutsamen Frage der Verwaltungsreform bzw. kommunalen Neugliederung zu überstürzen. Im Gegenteil verlangt der ganze Fragenkomplex ein gründliches Einzelstudium und eine ruhige und ausgiebige Beratung in allen dafür zuständigen Instanzen und Korporationen. Die Zentrumsvertreter in den kleineren und mittleren Städten bitten daher die Fraktion des Landtages in diesem Sinne tätig zu sein."

Aus Westdeutschland.

÷ **Coesfeld, 16. Sept. Drei tödliche Unfälle.** In den letzten Tagen ereigneten sich in Coesfeld drei schwere Unfälle. Der 11jährige Sohn des Coesfelder Graphikers Heinrich Evert kam beim Spiel der Schulknaben im Baderloher Convikt so unglücklich zu Fall, daß der Tod nach kurzer Zeit eintrat. Der hiesige 61 Jahre alte Mühlenbesitzer Karl Bösing stürzte Ende voriger Woche durch die Bodenluke seiner Mühle und trug bei dem Sturz schwere innere Verletzungen davon, denen er heute erlag. In der Wirtschaft Reddemann fand man am Sonntag morgen die stark verweste Leiche des Schneiders R. aus Holtwick, der seit einigen Wochen vermißt war und sich in einem Tannendickicht hier erhängt hatte. Bei dem starken Fremdenverkehr aus Anlaß der Coesfelder Kreuzerhöhungs-Kirmes kam auf der Borkener Landstraße in der Nähe der Croneschen Fabrik ein Radfahrer aus Gescher unter das große Auto eines Coesfelder Verkehrsbüros. Der Radfahrer erlitt schwere Verletzungen.

:: **Coesfeld, 15. Sept. Das Gymnasium in Coesfeld** und mit ihm die ganze Bürgerschaft rüstet sich zu der am 22. September beginnenden Feier seines Doppeljubiläums. Die einzelnen Kommissionen sind in fieberhafter Tätigkeit, um für die zahlreich angemeldeten Gäste die gewünschte Unterkunft zu schaffen und der Feier eine würdige Weihe zu verleihen. Da noch eine Anzahl von Anmeldungen von sicher erwarteten Gästen aussteht, so werden diese gebeten, möglichst umgehend ihre Zusage einzusenden.

÷ **Buer, 15. Sept. Das Herz aus dem Leibe gerissen.** In der Nähe der Wirtschaft Grümer auf der Polsumer Straße erfolgte am Freitagabend ein Zusammenstoß zwischen dem Lastkraftwagen einer Borkener Firma und einem sehr schwach beleuchteten, von dem 16jährigen Kutscher Alfred Pscak gelenkten Pferdefuhrwerk aus Gelsenkirchen. Infolge der mangelhaften Beleuchtung des Pferdefuhrwerks bemerkte der Chauffeur des Lastkraftwagens das Fuhrwerk zu spät und fuhr mit voller Wucht dagegen. Die Deichsel drang in den Kraftwagen ein, und der Gashebel des Steuerrades wurde dem 23jährigen Kraftwagenführer Bernhard Wenning in die Brust hineingedrückt, sodaß das Herz herausgerissen wurde. Wenning war nach wenigen Augenblicken tot. Ein Pferd des Fuhrwerks trug erhebliche Verletzungen davon.

◇ **Herten, 15. Sept. Einer der letzten Düppelstürmer.** Der bekannte und allseits geachtete Veteran Landwirt Hermann Volmer von hier, geboren am 17. September, 1841, feiert am kommenden Montag in selten körperlicher und geistiger Frische seinen 88. Geburtstag. Er diente aktiv bei den Regimentern 15 und 53, machte die Kriege 1864, 1866 und 1870/71 mit. Im Kriege von 1864 machte er den Sturm auf die Düppeler Schanzen und den Uebergang nach der Insel Alsen mit.

◆ **Wanne-Eickel, 15. Sept. Tödlicher Betriebsunfall.** Heute vormittag schlug dem Lageristen Meßmann bei Verladearbeiten im Wanner Westhafen ein eiserner U-Träger in den Rücken. Meßmann brach mit gebrochenem Rückgrat zusammen und ist heute nachmittag seinen Verletzungen erlegen.

(:) **Wetter, 15. Sept. Ein neuer Stausee für 10 Millionen Mark.** Ueber ein neues Millionenprojekt des Ruhrverbandes in Essen machte der Bürgermeister der Stadt Wetter in der gestrigen Stadtverordnetensitzung offiziell Mitteilung. Der Ruhrverband beabsichtigt, auf den Ruhrwiesen bei Wetter einen neuen Stausee zu errichten, der in ähnlicher Weise angelegt werden soll wie der Stausee bei Hengstey. Alle für den Bau dieses neuen Millionenprojektes in Frage kommenden Grundstücke und Ländereien sind bereits vom Ruhrverband angekauft worden. Die ersten Vorarbeiten wurden inzwischen in Angriff genommen, und man darf damit rechnen, daß wahrscheinlich schon im nächsten Jahre gestaut werden kann. Auch hier beabsichtigt man, die Wasserkraft in Elektrizität umzuwandeln, und der Bau eines modernen Großelektrizitätswerkes, von dem man eine Leistung von 27 Millionen Kwstd. erwartet, ist bereits vorgesehen. Der neue Stausee soll das Wasser der Volme und Ennepe reinigen und zwar in der gleichen Weise, wie der Hengsteysee das Wasser der Lenne reinigt.

× **Essen, 14. Sept. Falschmünzer festgenommen.** Hier wurde der Reisende Otto Schumacher und der Maschinenschlosser Heinrich Wecks aus der Unionstraße in der Wohnung der Ehefrau Tiedtke in der Niederfeldstraße bei der Anfertigung von falschen 50 Pfennigstücken aus Nickel überrascht und festgenommen. Das Material zu der Herstellung der Falschstücke und mehrere halbfertige Geldstücke wurden beschlagnahmt.

× **Essen, 15. Sept. Von einem Zuge überfahren.** Heute vormittag gegen 7 Uhr wurde auf der Eisenbahnstrecke Essen—Stadtwald—Hügel, etwa 50 Meter von der Eisenbahnbrücke an der Eschenstraße, eine männliche Leiche, die in zwei Teile getrennt war, aufgefunden. Der Tote, der etwa 25 Jahre alt ist, führte eine Eisenbahnfahrkarte mit Lichtbild, in Altenessen ausgestellt, lautend auf Otto Naujoks, mit sich. Die polizeilichen Ermittlungen wurden sofort eingeleitet.

Essen, 15. Sept. Hußmann-Prozeß am 16. Oktober. Die eröffnende Strafkammer hat heute beschlossen, auf Antrag der Staatsanwaltschaft das Verfahren wegen Mordes gegen den Abiturienten Karl Hußmann in Gladbeck zu eröffnen. Der Beginn der Hauptverhandlung ist auf den 16. Oktober fest angesetzt worden.

Mülheim (Ruhr), 14. Sept. Großfeuer in einer Lederfabrik. Am Freitag gegen 1 Uhr brach in der Lederfabrik H. Coupienne im Maschinenraum, vermutlich durch Kurzschluß, ein Feuer aus. Hier sind die Schlosserei und die Schreinerei untergebracht, die fast ganz ein Raub der Flammen wurden. Die Feuerwehr konnte nach angestrengter Tätigkeit des Brandes Herr werden. Eine größere Menge Farbextrakt, die hier lagerte, konnte noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden.

◇ **Köln, 14 Sept. In der elterlichen Wohnung erschossen.** Ein in der Berg-Gladbacherstraße wohnender 26jähriger Techniker hat sich in seiner elterliche Wohnung erschossen. Bei der Ausführung der Tat war er anscheinend betrunken. Gründe für den Selbstmord waren nicht festzustellen. Der Techniker hatte schon wiederholt angedroht, sich das Leben zu nehmen.

Köln, 15. Sept. Mord. Im Deutzer Hafen sah am Mittwoch bei Beginn des Tages ein Beamter der Hafenpolizei eine treibende Leiche. Man zog den Toten aus dem Wasser und stellte fest, daß er durch Stichwunden am Kopf erheblich verletzt gewesen war und aller Vermutung nach eines gewaltsamen Todes gestorben ist. Ausweispapiere wiesen den Verstorbenen als einen Arbeiter aus Frechen aus. Die Mordkommission war zur Einleitung weiterer Ermittelungen alsbald zur Stelle. Die Erforschung des Vorganges wurde energisch betrieben und nach wenigen Stunden festgestellt, daß der Mann sich zuletzt in einer Gasse am Rhein in Köln aufgehalten hat. Ein Lohnzettel läßt durch sein Datum erkennen, daß der offenbar Getötete mit seinem Wochenverdienst auf irgendeine Art unter der Wirkung von Alkohol zu Schaden gekommen ist. Vermutlich liegt in diesem Falle Totschlag vor, unter Umständen aber auch Mord. Nähere Ermittungen sind abzuwarten.

× **Brohl, 14. Sept. Von einer Güterzuglokomotive erfaßt.** Der 42jährige Bahnwärter Huhn wurde bei der Bahnstation Brohl auf offener Strecke von einem Eilgüterzug erfaßt und schwer verletzt. Huhn hatte, als er vor einem aus entgegengesetzter Richtung fahrenden Zug ausweichen wollte, den Güterzug übersehen.

× **Wesel, 15. Sept. Auf der Jagd tödlich verunglückt.** Bei einer gestern vormittag abgehaltenen Treibjagd ist der Graf Stollberg-Wernigerode mit seinem Pferde gestürzt; er erlitt schwere innere Verletzungen und starb nach wenigen Minuten.

Aachen, 15. Sept. Erschossen. Aus dem benachbarten Herzogenrath wird berichtet, daß der 27 Jahre alte Fabrikarbeiter Fritz Lenzen aus Alsdorf von seinem Arbeitskollegen Pütz aus Herzogenrath erschossen worden ist. Der Tat liegen, wie es scheint, geringfügige, aber dauernde Streitigkeiten zugrunde.

China ohne Zopf.

Wieder einmal, aber jetzt scheint es ernst zu sein, ist das oft berichtete Ende des Zopfes in China gekommen. Das neue Organ der nationalistischen Regierung teilt offiziell mit, daß jeder Chinese, der noch den Zopf, das Ueberbleibsel einer überholten Zeit, trägt, diesen Schmuck innerhalb dreier Wochen opfern muß.

Die Mode des Zopftragens datiert aus der Zeit, da die Tataren sich des Landes bemächtigten. Seltsam, daß die Mode von so langer Dauer war, da sie doch den Chinesen als Zeichen der Unterwerfung aufgezwungen worden war. Vorher hatten die Söhne des Himmels kurze Haare, einen Etonkopf, wenn das besser verständlich ist. Die Eroberer zwangen sie damals, die Stirne zu rasieren und am Nacken einen Zopf zu tragen. Die alten chinesischen Chroniken berichten, daß dieser Zwang sehr schlecht aufgenommen wurde. Viele Chinesen flohen, um dem Befehl zu entgehen, nach Hainan, nach Formosa und nach Japan. Dann wurde nach und nach der peinliche Ursprung dieser Mode vergessen und der Chinese trug seinen Zopf, ohne daran zu denken, daß er kein Schmuck ist, sondern in der Demütigung seiner Vorfahren den Ursprung hatte.

Dieser Zopf, ohne den wir uns kaum mehr einen Chinesen vorstellen können, ist aber nicht erst seit heute zum Verschwinden verurteilt. Es verhält sich mit dieser Sitte genau so wie mit jener andern, die Füße der kleinen Mädchen von der Geburt an zu deformieren, was jetzt ebenfalls verboten worden ist. Den ersten Schlag versetzte der Zopfmode die Kaiserin Tsuli, die große chinesische Herrscherin. Ende 1904 erließ sie ein Edikt, daß vom ersten Tage des ersten Mondes des kommenden Jahres alle Offiziere, Soldaten und Mandarinen keinen Zopf mehr tragen dürfen. Damals veranstalteten die Anhänger des jungen China überall Versammlungen, in denen verlangt wurde, daß die Zivilisten dem Beispiel des Militärs folgen sollten. In jener Zeit bekehrten sich einige tausend Chinesen zur neuen Mode und ließen sich den Zopf abschneiden. Was von damals her noch geblieben ist, muß also jetzt fallen. So werden nach und nach alle Hindernisse entfernt, die eine Entwicklung Chinas in der Richtung abendländischer Zivilisation bisher verzögert haben.

Ein Lorbeerkranz als Gemüse verzollt.

Ein Musterbeispiel tschechischer Unduldsamkeit.

Das reichsdeutsche Herzbad Reinerz, welches in den Bergen der Grafschaft Glatz unweit der tschechoslowakischen Landesgrenze liegt, unterhält mit seiner benachbarten Schwesterstadt Gießhübel jenseits der Grenze seit altersher freundnachbarliche Beziehungen. Nur etwa zwei Stunden Weges ist das ausschließlich von Sudetendeutschen bewohnte Städtchen Gießhübel in der Tschechoslowakei von Bad Reinerz entfernt. Die Bewohner beider Orte betrachten es als Ehrensache, an Festlichkeiten, wie aber auch zu traurigen Anlässen sich gegenseitig zu besuchen.

Neulich enthüllte nun das Städtchen Gießhübel ein Denkmal für seine im Weltkriege gefallenen Söhne, woran nicht allein die Bevölkerung von Bad Reinerz in hellen Scharen teilnahm, sondern auch die Stadtverwaltung sandte eine Deputation mit einem großen Lorbeerkranze. Die Grenzwache gegen das Deutsche Reich wird auf tschechoslowakischer Seite größtenteils von tschechischen „Legionären" ausgeübt, d. h. von Leuten, die teils als Ueberläufer, teils von vornherein im Weltkriege gegen das deutsch-österreichische Heer kämpften.

Am Tage der Denkmalsweihe in Gießhübel waren diese Grenzwächter besonders strenge. Mit scheelen Augen sahen sie auf den Lorbeerkranz, dieses äußere Zeichen der inneren Verbundenheit des Deutschtums beiderseits der Landesgrenze. Zurückweisen konnte man den Kranz nicht gut, und da verfiel man auf den Gedanken, für ihn wenigstens eine Zollgebühr zu erheben. Das Unglück wollte es jedoch, daß im Zollregister Sätze für Totenkränze nicht aufgeführt waren. Da war guter Rat teuer! Das findige tschechoslowakische Grenz-Zollamt wußte jedoch bald einen Ausweg: Lorbeer fiel unter die Rubrik „Gewürze". Als jedoch die Bad Reinerzer Ratsherren gegen diese Auffassung Bedenken erhoben, kamen die eifrigen Grenzwächter insofern entgegen, als sie den Kranz nicht als „Gewürz", sondern gunstweise als „Gemüse" ansahen. Der Kranz wurde nunmehr genauestens abgewogen und dann nach Gewicht verzollt. Der Gesamtbetrag machte 4 ℳ aus. Nunmehr konnte der Kranz am Ehrenmal für die im Weltkriege gefallenen Sudetendeutschen des Städtchens Gießhübel niedergelegt werden.

Rundfunk.

Langenberg/468,8. Münster/241,9.

Montag, 17. September.

11,15—11,55 Uhr: Schulfunk für ein- und mehrklassige Volksschulen. * 12,10 Uhr: Mechanische Musik. * 13,05—14,30 Uhr: Mittagskonzert des Orchesters des Westdeutschen Rundfunks. Leitung: Kühn. Moderne Operetten. 1. Ouvertüre zur Operette „Rund um die Liebe — O. Strauß. 2. Wien, du mein Wien, Walzer aus der Operette „Die gelbe Jacke" — Lehar. 3. Potpourri aus der Operette „Frasquita" — Lehar. 4. Boston-Lied aus der Operette „Evelyne" — Granichstaedten. 5. Melodie aus der Operette „Die goldene Meisterin" — Eysler. 6. Frauenwalzer aus der Operette „Der Vielgeliebte" — Künnecke. 7. Potpourri aus der Operette „Der Orlow" — Granichstaedten. 8. Blues aus der Operette „Die Herzogin von Chicago" — Kalman. 9. Foxtrot aus der Operette „Die Herzogin von Chicago" — Kalman. * 14,30 Uhr: Funkwerbung: Ratschläge fürs Haus. * 16,05—16,35 Uhr: Frauenstunde. Marie Theres van den Wyenbergh: „Unsere Frauenstunde." Hertha Maria Funk (aus Düsseldorf): „Das Recht der Hausfrau auf Urlaub." * 16,35—17 Uhr: Franz P. Brückner: Bücherstunde. * 17,10—17,40 Uhr: Dr. Kurt Mühsam: Verschollene Dichter der Vormärzzeit. * 17,45—18,30 Uhr: Vesperkonzert: Beethoven-Stunde des Streichtrios des Westdeutschen Rundfunks (H. Lindeholz: Violine, Karl Mockenhaupt: Viola, Max Fellinger: Violoncello). Streichtrio in Es-dur, op. 3. Allegro con brio — Andante — Minuetto — Adagio — Minuetto. Moderato — Finale. Allegro. * 18,30—18,50 Uhr: Lesestunde. Rudolf Rieth: „Michael Kohlhaas" von Heinrich von Kleist (7). * 19,15—19,35 Uhr: Josef Delmont: Tigerfang und -jagd (2). * 19,40—20 Uhr: Elternstunde. Anna Hochecker: „Mein Kind fürchtet sich." * 20—20,30 Uhr: Abendmusik des Zoologischen Garten-Orchesters. Leitung: Josef Neuhausen. 1. Fest-Ouvertüre — Volkmann. 2. Bei uns z' Haus, Walzer — Strauß. 3. Duett aus der Oper „Linda di Chamounix — Donizetti. 4. Wiener Künstler-Marsch — Schrammi. * 20,30 bis 21 Uhr: Uebertragung von der Schlesischen Funkstunde, Breslau, anläßlich der Reise des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg durch Schlesien. Empfangsabend im Oberpräsidium zu Oppeln, unter Beteiligung der Vertreter der Reichs-, Staats- und Kommunal-Behörden, Wirtschaft, Kultur und Politik, Ansprache des Herrn Oberpräsidenten Dr. Proske. Erwiderung des Herrn Reichspräsidenten. * 21 Uhr: Phantastische Geschichten, gesprochen von Ludwig Hardt unter Mitwirkung des westfäl. Streichquartetts (Herren: Fritz Frier, Werner Göhre, Kurt Platz, Max Renger). 1. Variationen über das Lied: „Der Tod und das Mädchen" aus dem D-moll-Quartett — Schubert. Westfälisches Streich-Quartett. 2. Krischan Schmeer — Liliencron. 3. a) Menuett, b) Die Tote — Maupassant. 4. Großmutter Schlangenköchin aus „Des Knaben Wunderhorn". 5. Das Bettelweib von Locarno — Kleist. 6. Der Rabe — Poe. 7. a) Ballade in U-dur, b) Das alte Steinkreuz am neuen Markt, c) Stupor — Liliencron. 8. Der kleine Häwelmann — Storm. Ludwig Hardt. 9. Phantastischer Reigen, op. 0 — Weismann. Westfälisches Streichquartett. * Anschließend: Letzte Meldungen und Sportbericht. * Anschließend: Funkwerbung. Mitteilungen aus der Geschäftswelt. * Anschließend bis 24 Uhr: Uebertragung des Konzertes aus dem Cafe Corso, Dortmund. Kapelle: Mario Ifeglio.

Tornado über Amerika.



Der furchtbare Wirbelsturm, der über Westindien, vor allem in Porto Rico gewütet hat, hat nach den bisher vorliegenden Berichten gewaltigen Sachschaden angerichtet und zahlreiche Menschenopfer gefordert. Obwohl man zur Stunde noch nicht genau übersehen kann, wie hoch sich der angerichtete Schaden beläuft, muß man doch feststellen, daß es sich um Verwüstungen von ungewöhnlichem Ausmaß handelt. Unser Bild gewährt einen Blick auf den Hafen von San Juan (Porto Rico), dem Zentrum der Sturmverwüstungen.

„GEATRON"